



Zuneigung

Die Freundschaft zwischen China und Russland zeigt den USA Grenzen auf. Die Rückendeckung durch die Volksrepublik ermöglicht Russland, gegen die US-Politik langfristig Widerstand zu leisten. Von Harald Projanski

SEITEN 12/13

2.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf jungewelt.de/abo

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 8. APRIL 2022, NR. 83 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Angriff auf Ehrenmal

Berlin: Großflächige Schändung sowjetischer Gedenkstätte Treptower Park. Täter sprühen Parolen

2

Maidan bis Butscha

Ukraine-Krieg: An Aufklärung hat der Westen kein Interesse. Nur an der Verlängerung des Mordens

3

Krise des Systems

Agrarpolitik: EU-Minister wollen Ökoflächen für Anbau nutzen – BUND sieht darin Vorwand

9

Patriarchat und Party

Internationales Frauenfilmfest: Filmemacherinnen erzählen vom Kampf gegen Unterdrückung

15

Razzia bei Kriegsgegnern

Carabinieri durchsuchen Zentrale von Basisgewerkschaft in Rom. Zielstrebig Fund einer Pistole. Hintergrund: Protest gegen Waffenexporte in Ukraine. Von Daniel Bratanovic

Es waren Szenen einer Groteske, die sich am Mittwoch in der Zentrale der Basisgewerkschaft *Unione Sindacale di Base* (USB) in Rom abspielten. Gegen elf Uhr betraten Beamte der italienischen Gendarmerie, der Carabinieri, die Geschäftsräume der Gewerkschaft, vorgeblich in der Absicht, nach Waffen zu suchen. Sie gingen einem entsprechenden Hinweis nach, der anonym eingegangen sei. Einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss besaßen die Polizisten nicht. Rechtliche Grundlage der Razzia war ein Paragraph aus den Zeiten der »bleiernen Jahre« der 1960er und 70er. Seit der Zeit des Faschismus hat es in Italien keine Durchsuchung eines Gewerkschaftshauses mehr gegeben.

Nach kurzer Zeit fanden die Carabinieri, was sie offenbar hatten finden wollen: eine Pistole, nachlässig in Zellophan eingewickelt, herausgefischt aus dem Spülkasten einer Herrentoilette. »Sie wussten bereits genau, wo die Waffe versteckt war«, sagte Pierpaolo Leonardi am Donnerstag gegenüber *Junge Welt*. »Unsere Zentrale ist recht groß, mehr als 1.000 Quadratmeter, aber sie wussten genau, wo sie danach suchen mussten.« Dabei erhärtete einer der Beamten wohl unbeabsichtigt den Verdacht, dass es sich um eine fingierte Aktion handeln dürfte, als er bekannte: »Eine Person mit Vor- und Zunamen hat die Waffe hier deponiert.«

Die Räumlichkeiten der



Griff ins Klo. Die Carabinieri wussten, wo sie die Pistole zu suchen hatten

USB-Zentrale sind gantztägig öffentlich zugänglich. »Sicherlich der letzte Ort, an dem man etwas verstecken würde, von Waffen ganz zu schweigen. Aber sicherlich der erste Ort, an dem ein solches Manöver unternommen wird, um eine ganze Organisation zu diskreditieren«, hieß es in einer ersten Erklärung der Gewerkschaft vom Mittwoch. Die einzigen von der USB

eingesetzten Waffen seien Streiks und Demonstrationen.

Der Zeitpunkt der versuchten Diskreditierung erfolgt erkennbar nicht zufällig. Bereits Mitte März teilte die USB mit, dass Arbeiter des Flughafens Galileo Galilei in Pisa sich geweigert hatten, als »humanitäre Hilfe« getarnte Waffen für die Ukraine zu verladen. In der vergangenen

Woche folgten Hafenarbeiter in Genua einem Aufruf der USB und legten für 24 Stunden ihre Arbeit nieder, um gegen die Verladung von Kriegsgerät zu protestieren.

Der jetzige Versuch, der USB einen unerlaubten Waffenbesitz unterzujubeln, sei ein »völlig lächerlicher Vorwand«, um die Botschaft zu lancieren, dass »wir den Herrschenden lästig sind«, ließ die USB-Zentrale mitteilen. Leonardi erklärte auf *jW*-Nachfrage: »Das ist eine Provokation gegen unsere Gewerkschaft, die gegen den Krieg kämpft und für den Austritt Italiens aus der NATO sowie für den Rückzug Italiens aus dem laufenden Krieg.« Eine Einschätzung, die der Vorstandkollege Guido Lutrario auf einer am Mittwoch ad hoc anberaumten Pressekonferenz teilte: »Diese Provokation erfolgt zu einem besonderen Zeitpunkt. Wir stehen an vorderster Front im Kampf gegen die Lieferung von Waffen an Kriegsschauplätze und aktuell stehen wir vor den Wahlen der gewerkschaftlichen Vertretung im öffentlichen Dienst. Wenn sie glauben, dass sie uns so schwächen, dann irren sie sich.«

Für den 22. April ruft die USB zu einem gantztägigen landesweiten Streik in Industrie, Logistik und Handel auf. Der Ausstand soll eine Manifestation der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Krieg werden. Das Motto lautet: »Runter mit der Rüstung, rauf mit den Löhnen!«

Äthiopien: Militäroffensive gegen Rebellengruppe

Addis Abeba. Äthiopiens Armee hat eine Offensive gegen die Rebellengruppe Oromo-Befreiungsarmee (OLA) gestartet. Die OLA habe in Oromia, dem größten Bundesland des Landes am Horn von Afrika, in dem sich auch die Hauptstadt Addis Abeba befindet, Zivilisten getötet und entführt sowie Menschenrechtsverletzungen begangen, teilte die Regierung am Donnerstag mit. Soldaten hätten »mehrere Mitglieder der Rebellengruppe getötet«, sagte Oberst Abebe Geresu, der stellvertretende Sicherheitschef Oromias, nach einem Bericht der staatlichen äthiopischen Presseagentur. Die Militäroperation konzentrierte sich auf die Gebiete Wollega, Guji, West- und Nordshewa. Weitere Angaben wurden nicht gemacht. Äthiopien hat die OLA als terroristische Gruppe eingestuft, nachdem sie sich mit der »Volksbefreiungsfront von Tigray« (TPLF) gegen die Zentralregierung verbündete. (dpa/jW)

Rekordhöhe von Dividenden deutscher Konzerne



Berlin. In der Pandemiezeit gab es staatliche Finanzspritzen, in diesem Jahr schütten deutsche Aktiengesellschaften die Rekordsumme von rund 70 Milliarden Euro Dividenden aus. Das berichtete der *Spiegel* am Donnerstag mit Berufung auf eine Dividendenstudie. Demnach handelt es sich um einen Anstieg um knapp 50 Prozent im Vergleich zum vergangenen Jahr und 22 Prozent gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2019. Die größte Summe von 6,15 Milliarden Euro schüttet die Hamburger Reederei Hapag Lloyd aus, die in keinem Aktienindex gelistet ist. Insgesamt zahlen 40 im Deutschen Aktienindex vertretene Konzerne mehr als 50 Milliarden Euro aus, 47 Prozent mehr als 2021. An erster Stelle steht Mercedes-Benz mit knapp 5,4 Milliarden Euro, gefolgt von der Allianz (4,4 Milliarden), BMW (3,8 Milliarden), Volkswagen (3,78 Milliarden) und Siemens (3,4 Milliarden Euro). (jW)

Rücktritt im Jemen

»Staatschef« übergibt Machtbefugnisse an Präsidentsrat. Der soll Frieden verhandeln

Der »Staatschef« des Jemen, Abed Rabbo Mansur Hadi, übergibt alle seine Befugnisse mit sofortiger Wirkung und unwiderruflich an einen neuen Präsidentsrat unter Führung des ehemaligen Innenministers Raschad Al-Alimi. Das erklärte Hadi, der seit über sieben Jahren über keine demokratische Legitimation verfügt, am Donnerstag morgen. Aufgabe des achtköpfigen Rates sei es, das Land politisch, militärisch und in Sicherheitsfragen übergangsweise zu führen. Er soll mit den Ansarollah (»Huthis«), die große

Teile des Landes kontrollieren, eine »endgültige und umfassende« Lösung des seit 2011 andauernden Konflikts verhandeln. Mit der Intervention einer von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) angeführten Kriegskoalition hatte sich die Situation im Jahr 2015 erheblich verschärft. Erst wenn »vollständiger Frieden« wieder hergestellt sei, werde das Mandat des Rates auslaufen.

Außerdem setzte Hadi den Vizepräsidenten Ali Muhsin Al-Ahmar per Dekret ab. Die Abberufung des Generals, der diverse Militärkampagnen

gegen die Ansarollah leitete, könnte dafür sprechen, dass es der militärisch in zunehmendem Maße in Bedrängnis geratenen »Anti-Huthi-Allianz« mit den geforderten Friedensgesprächen zumindest ernster ist, als dies in der Vergangenheit der Fall zu sein schien.

Saudi-Arabien, der wichtigste Verbündete Hadis, begrüßte den Machtverzicht seines Schützlings und rief den Präsidentsrat zur Aufnahme von Verhandlungen mit den Ansarollah auf. Riad sagte Finanzhilfen in Höhe von drei Milliarden US-Dollar für den sich in einer schweren

Wirtschaftskrise befindenden Jemen zu. In dem Land herrscht laut den Vereinten Nationen die schwerste humanitäre Krise der Gegenwart.

Der Schritt Hadis erfolgte am letzten Tag von Gesprächen zwischen den innerjemenitischen Konfliktparteien in Riad, die vom Golfkooperationsrat ausgerichtet wurden. Die Ansarollah hatten sich daran allerdings nicht beteiligt. Am Sonnabend war im Jemen die erste landesweite Feuerpause seit 2016 in Kraft getreten. **Wiebke Diehl**

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.595 Genossinnen und Genossen (Stand 20.3.2022)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901904

50014

»Wir brauchen wieder kritischere Haltung zur SPD«

Münchener Jusos fordern Vergesellschaftung von Supermärkten. Kritik an Aufrüstungspolitik der Ampel. Ein Gespräch mit Seija Knorr-König

Ein Beschluss der Unterbezirkskonferenz der Münchener Jusos vom Wochenende hat für einigen Wirbel gesorgt. Unter der Überschrift »Supermärkte vergesellschaften« heißt es dort, dass »unsere Ernährung« nicht dem »Profitinteresse privater Supermarktkonzerne« unterworfen sein darf. Wieso haben Sie sich gerade jetzt mit diesem Thema beschäftigt?

Wir haben Anfang des Jahres intensiv über die Frage debattiert, worin zukünftig unsere Rolle als Jusos bestehen soll. Das Ergebnis: Wir wollen die SPD mit Diskussionen vor uns hertreiben. Es gibt aber auch einen inhaltlichen Grund für diesen Beschluss. In der Pandemie haben wir alle gesehen, dass die Versorgung mit Lebensmitteln systemrelevant ist. Das interessiert heute kaum jemanden mehr – wengleich durch die jüngsten Preissteigerungen viele Menschen in ihrer Existenz bedroht sind. Konzerne verdienen sich durch das Geschäft mit einem menschlichen Grundbedürfnis eine goldene Nase. Das ist ein Problem, das nach einer radikalen Lösung verlangt.

Haben Sie Ihren Vorschlag bereits bis zum Ende ausdiskutiert? Sollen die ohnehin schon zum Teil milliardenschweren Eigentümer der Konzerne mit üppigen Entschädigungen bedacht werden?

Laut Grundgesetz ist eine Enteignung zulässig, wenn die Entschädigung »unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten« geregelt wird. Darüber, welche Summe »angemessen« wäre, muss diskutiert werden. Richtig ist: Der Begriff der Vergesellschaftung sagt noch nicht viel darüber aus, wie genau das umgesetzt werden soll. Geht es um ein zentral planendes Staatsunternehmen oder um dezentrale Strukturen von lokalen Produzenten? Als Jungsozialisten wollen wir aber auch eine größere Debatte anstoßen: Wie können wir die kapitalistische Gesellschaft überwinden? Welche Rolle könnten beispielsweise Genossenschaften dabei spielen?

Ihr Beschluss wurde am Montag von Springers Bild skandalisiert, DDR-Vergleich inklusive. Falls Sie vorgehabt haben sollten, mit Ihrem Papier die maximale Aufmerksamkeit zu gewinnen, scheint Ihr Plan voll aufgegangen zu sein.



Seija Knorr-König ist »Frauen*beauftragte« der Münchener Jusos und arbeitet als Intensivpflegekraft in einem Krankenhaus

Uns ging es nicht um Aufmerksamkeit. Auf der Konferenz am Wochenende haben wir über verschiedene Dinge diskutiert und darüber via Twitter informiert. Dass nun ausgerechnet die Forderung mit den Supermärkten herausgegriffen wurde, kann man wohl nur mit antikommunistischen Beißreflexen erklären.

In Ihrem Beschluss heißt es: »Ernährung ist eine Klassenfrage!« Was genau meinen Sie damit?

Wir haben das große Problem in diesem Land, dass immer mehr Menschen nicht mehr von ihrer Arbeit leben können, während gleichzeitig das Vermögen auf der anderen Seite zunimmt. In unserer Gesellschaft können Lebensmittelproduzenten nicht

mehr von dem Verkauf ihrer Produkte leben, bekommen Beschäftigte in Supermärkten nur Niedriglöhne, ist der Hartz-IV-Satz für eine gesunde Ernährung viel zu gering. Da ist es doch abenteuerlich, dass bei solchen Debatten immer wieder Stimmung damit gemacht wird, dass es im real existierenden Sozialismus lange Schlangen vor Supermärkten gegeben hat, während denselben Leuten dabei vollkommen egal ist, dass im real existierenden Kapitalismus die Schlangen von Hilfsbedürftigen vor den »Tafeln« immer länger werden.

Die SPD ist die Partei, die Hartz IV eingeführt hat, die aktuell eine beispiellose Aufrüstung der Bundeswehr vorantreibt, aber auch die, die in Person von Franziska Giffey in Berlin die Umsetzung des Volksbegehrens zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne ausbremst. Warum ist diese SPD für Sie die richtige Partei?

Die SPD vereint viele verschiedene Spektren unter einem Dach. Nebenbei bemerkt, war es die Parteilinke, die der SPD wieder auf die Beine geholfen hat. Wenn auch nur langsam, so rückt man mittlerweile immerhin vom Hartz-IV-System ab.

Nur werden alle kleinen sozialen Fortschritte, auf die die Jusos und andere setzen, vermutlich in Zeiten der allgemeinen Aufrüstungsbegeisterung für lange Zeit keine Rolle mehr spielen.

Wir Jusos haben die Aufgabe, in der SPD Fehlentwicklungen wie diese Aufrüstungspolitik anzuprangern. Dafür braucht es wieder eine kritischere Haltung zur Partei, wengleich wir mit ihr immer solidarisch bleiben.

Interview: Jan Greve



Vertreterin der Revolution. Als eine von vier neuen ausländischen Diplomatinen und Diplomaten hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Donnerstag nachmittag die Botschafterin der Republik Kuba im Schloss Bellevue anlässlich ihrer Akkreditierung begrüßt. Juana Martínez González folgt damit auf Ramón Ripoll Díaz als offizielle Vertreterin des sozialistischen Karibikstaates in der Bundesrepublik. Zuvor hatte sie das Amt der Botschafterin Kubas in Peru inne und war im Dokumentationsverwaltungszentrum des kubanischen Außenministeriums tätig. (jw)

Angriff auf Ehrenmal

Berlin: Schändung der sowjetischen Gedenkstätte im Treptower Park

Das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park in Berlin, das auch Begräbnisort für etwa 7.000 Rotarmisten ist, die im April und Mai 1945 bei den Kämpfen in Berlin getötet wurden, ist in der Nacht zum Donnerstag geschändet worden. Bei dem Angriff handelt es sich ohne Zweifel um den schwersten Angriff auf ein Ehrenmal, eine Gedenkstätte oder einen Friedhof mit Bezug zur Sowjetunion seit Jahrzehnten. Schmierereien fanden sich auf der gesamten Fläche der Anlage.

Vom Grünflächenamt beauftragte Mitarbeiter einer Reinigungsfirma waren am frühen Nachmittag mit der Beseitigung der Schmierereien, Schriftzüge und Parolen beschäftigt. Nach deren Angaben gegenüber jw war bis zu diesem Zeitpunkt etwa die Hälfte der Schmierereien wieder entfernt.

Aufgesprühte Hakenkreuze habe die Polizei unkenntlich gemacht.

Nach Angaben eines Sprechers der Berliner Polizei gegenüber dieser Zeitung sind die Schmierereien am Donnerstag gegen 0.40 Uhr von einer Streife des zentralen Objektschutzes entdeckt worden. Die Ermittlungen habe der polizeiliche Staatsschutz übernommen; ein Strafermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und wegen »gemeinschaftlicher Sachbeschädigung« sei eingeleitet worden.

Die Schmierereien sind offensichtlich von einer größeren Personengruppe angebracht worden. Die Parolen, darunter »Death to all Russians« (»Tod allen Russen«), »Russia kills« (»Russland tötet«), »Russians = Rapists« (»Russen = Vergewaltiger«) und »Ukrainian (sic!) Blood on Russian

Hands« (»Ukrainisches Blut an russischen Händen«), sind ausschließlich in englischer Sprache ausgeführt. An mehreren Stellen wurden Hakenkreuze aufgesprüht. In den Gedenkparken wurde offenbar ein Becher mit roter Farbe geworfen.

Die Anlage im Treptower Park ist eingezäunt und vergleichsweise leicht zu bewachen. In den vergangenen Wochen hatte es vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine bereits mehrere Angriffe auf sowjetische Ehrenmale gegeben. Das Ehrenmal im Treptower Park war seit 1989 immer wieder Ziel von faschistischen Angriffen. Nach den ersten größeren Hakenkreuzschmierereien Ende Dezember 1989 hatten dort am 3. Januar 1990 etwa 250.000 Menschen gegen Nationalismus und Faschismus demonstriert.

Nico Popp

NACHRICHTEN

Italien: Prozess wegen Brückeneinsturz zugelassen

Genua. Die italienische Justiz hat im Fall der 2018 in Genua eingestürzten Autobahnbrücke, was 43 Menschen das Leben kostete, den Prozess gegen 59 Personen zugelassen. Das entschied die Richterin der Vorverhandlung am Donnerstag, wie die Nachrichtenagentur ANSA berichtete. Außerdem verfügte sie demnach, dass der Autobahnbetreiber und ein Wartungsunternehmen nicht vor Gericht und statt dessen 30 Millionen Euro zahlen müssen. Zuvor gab es Versuche, den Prozess für nichtig zu erklären. Das Unglück in der norditalienischen Küstenstadt geschah am 14. August 2018. Damals stürzte das Polcevera-Viadukt der Autobahn 10 ein. (dpa/jw)

Schweiz sperrt russisches Vermögen in Milliardenhöhe

Bern. In der Schweiz sind mittlerweile russische Vermögenswerte in Höhe von 7,5 Milliarden Franken (7,4 Milliarden Euro) eingefroren. Es handle sich um

Gelder auf Bankkonten und um Liegenschaften, die im Zuge von Sanktionen gegen Russland gesperrt wurden, sagte Erwin Bollinger vom Staatssekretariat für Wirtschaft am Donnerstag in Bern. Vor zwei Wochen hatte der Beamte noch von 5,7 Milliarden Franken berichtet. Laut der Schweizer Bankiervereinigung liegen 150 bis 200 Milliarden Franken von russischen Personen auf Schweizer Konten. Derzeit betreffen die Maßnahmen knapp 900 Menschen. (dpa/jw)

EU-Parlamentarier fordern Embargo von Energieträgern

Strasbourg. Eine Mehrheit der Abgeordneten des EU-Parlaments hat am Donnerstag in einer Resolution einen sofortigen Lieferstopp von Öl, Kohle und Gas aus Russland gefordert. Zudem verlangen die Parlamentarier ein Embargo von russischem Kernbrennstoff sowie die Aufgabe der Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2. Der Text forderte die EU-Kommission und -Mitgliedstaaten auf, einen Plan auch zur kurzfristigen Energieversorgungssicherheit der

EU vorzulegen. Die Resolution wurde mit 413 Stimmen verabschiedet – bei 93 Gegenstimmen und 46 Enthaltungen. Das EU-Parlament kann solche Sanktionen nicht beschließen, dies können nur die Staaten. (dpa/jw)

Programm von RT DE eingestellt

Berlin. Das TV-Programm RT DE des russischen Auslandssenders RT wird in der Bundesrepublik nicht mehr ausgestrahlt. Wie die Medienanstalt Berlin-Brandenburg am Donnerstag mitteilte, sei die Verbreitung nach den derzeitigen Feststellungen vollständig eingestellt. Anfang Februar hatten die Medienanstalten ein Sendeverbot gegen RT DE mit einer fehlenden Rundfunklizenz begründet. Im März wurden außerdem zwei Zwangsgelder in Höhe von insgesamt 65.000 Euro gegen das Medium ausgesprochen; das Programm sei noch auf einigen Webseiten verfügbar, hieß es. RT DE hatte gegen das Sendeverbot im Februar Klage beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht. (dpa/jw)

Unbedingter Kriegswille

An der Aufklärung des Geschehens im Ukraine-Krieg hat der Westen kein Interesse. Nur an der Verlängerung des Mordens – vom Maidan und Odessa bis Butscha. **Von Arnold Schölzel**

Neun Busse wurden am Dienstag in Kiew bereitgestellt, um Blogger und Journalisten in den Vorort Butscha, aus dem seit Sonnabend Fotos von einem Massaker an der Zivilbevölkerung verbreitet werden, zu fahren. Das Resultat dieser eingebetteten Tour ließ sich am Mittwoch auch in deutschen Zeitungen nachlesen, in denen allerdings das Urteil über die Urheber des Mordens vorab gefällt war: ein Kriegsverbrechen der Russen. Das hatte der Kanzler vorgegeben. Am Sonntag formulierte Olaf Scholz (SPD): »Diese Verbrechen des russischen Militärs müssen wir schonungslos aufklären.« Er verlangte, »dass internationale Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz Zugang erhalten zu diesen Gebieten, um die Greuelthaten unabhängig zu dokumentieren«. Bis zum Donnerstag war nicht zu hören, dass internationale Sachverständige vor Ort sind. Unterdessen werden weitere Spuren und Beweismittel vernichtet.



Medienwirksame Präsentation in Butscha: Getötete in Leichensäcken (5. April)

Eskalation des Krieges

Wer Aufklärung fordert, die Schuldigen aber angeblich bereits kennt, erinnert mehr an »Sender Gleiwitz« 1939 oder an Racak im Januar 1999. Mit Bildern von Leichen aus dem jugoslawischen Dorf wurde erstmals ein Angriffskrieg des Westens per Internet faktisch erzwungen. Der Ruf nach Klärung erscholl in den NATO-Staaten zusammen mit der Schuldzuweisung an Serbien. Besonders taten sich der grüne deutsche Außenminister Joseph Fischer und SPD-Kriegsminister Rudolf Scharping hervor. An der Spitze der Fälscher stand, wie sich herausstellte, der US-Chef»aufklärer« William Walker.

Das vorweggenommene Ergebnis der geforderten Ermittlungen ist damals wie heute ein Maßstab, um »Aufklärung« des Westens zu beurteilen: Es geht um eine längst beschlossene Eskalation. Racak war 1999 der »Wendepunkt«, von dem ab Fischer und Scharping mit ihren Lügen über serbische »Greuel« und »Völkermord« den illegalen NATO-Krieg gegen Jugoslawien gemeinsam mit den USA vom Zaun brechen konnten, ohne dass es in der Bundesrepublik zum Aufstand kam. Im jetzigen Krieg ist Butscha nach übereinstimmender Auffassung von FAZ bis Tagesspiegel erneut ein »Wendepunkt«. Noch wagen die Frontorgane der antirussischen Propagandamaschinerie nicht, den Angriff auf Russland zu proklamieren, aber sie bewegen sich gemeinsam mit der Bundesregierung und den Koalitionsparteien in diese Richtung. Die EU-Kommission hat den Stopp von Kohleimporten aus Russland schon auf den Weg gebracht, Öl und Gas sollen folgen. Am Donnerstag verkündet die Süddeutsche Zeitung: »Staatspleite Russlands wird immer wahrscheinlicher.« Das war offenbar etwas voreilig, aber wichtiger ist: Die Lieferung von Panzern aus NATO-Staaten an die Ukraine hat begonnen. Was vor Wochen noch nicht möglich gewesen sei, jubelte der Tagesspiegel am selben Tag, das habe nun die »emotionale Wucht« der Bilder bewirkt.

In Brüssel schmieden zur selben Zeit die NATO-Außenminister zusammen mit der Ukraine und Georgien

sowie Verbündeten aus dem Pazifik die Allianz zu einem Weltkriegspakt um. Nur dem Grünen-Vorsitzenden Omid Nouripour geht es nicht schnell genug: Es sei »sehr unzufriedenstellend«, wenn nach Wochen des Krieges noch keine Synchronisation zwischen den Bedürfnissen der Ukraine und den deutschen Lieferungen stattgefunden habe, murrte er bereits am Montag im ZDF-»Morgenmagazin«. Es könne nicht sein, dass etwa von der Ukraine angefragte Schützenpanzer vom Typ »Marder« in Deutschland einfach ungenutzt rumstehen und nicht geliefert werden.

Schüsse auf dem Maidan

Der unbedingte Kriegswille bedingt den Mangel an Aufklärungswillen, insbesondere wenn ukrainische Faschisten und Nationalisten in Verdacht geraten, an Massenmorden beteiligt zu sein. Das bestimmte bereits vor ihrem Putsch vom 22. Februar 2014 in Kiew den westlichen Umgang mit ihnen. So wurde bis heute nicht ermittelt, wer am 20. Februar 2014 mehr als 100 Menschen – Demonstranten und etwa 20 Polizisten – auf dem Kiewer Maidan mit Schüssen von umliegenden Dächern tötete. Die Toten werden in der heutigen Ukraine zwar als »Himmliche Hundertschaft« geehrt, alle Nachforschungen verliefen aber im Sande, angeklagt wurden allein einige Polizisten. Am 20. Februar fasste die Wiener Zeitung das so zusammen: »Schnell, zu schnell präsentierte eine Kommission unter der Leitung eines Staatsanwalts der nationalistischen Swoboda-Partei 2014 Untersuchungsergebnisse, die alle Schuld an dem Massaker der Berkut-Einheit zuschanzten.« Anders gesagt: Der Tat verdächtige Faschisten sollten gegen sich selbst ermitteln. Nach damaligen Berichten kamen die Schüsse offenbar zum großen Teil vom Dach des Kiewer Konservatoriums. Die Wiener Zeitung dazu: »Das Konservatorium befand sich an jenem Tag allerdings unter Kontrolle von Einheiten des Maidans, deren Einsatz die rechtsextremen Politiker Andrij Parubij und Dmytro Jarosch, der Chef der Einheit »Rechter Sektor«,

kontrollierten.« Welch Zufall. Die BBC stellte 2015 sogar einen Mann vor, der sich als Schütze präsentierte. Na und? 2017 bekannten sich drei Georgier gegenüber italienischen TV-Journalisten als Todesschützen – ohne großes Echo.

Odessa und Mariupol

Analoges gilt für das Massaker an Antiputschdemonstranten in Odessa am 2. Mai und in Mariupol am 9. Mai 2014. In Odessa hatte ein in Kiew organisierter und von Rechten angeführter Mob nach offiziellen Angaben mehr als 40 Menschen im ehemaligen Gewerkschaftshaus verbrannt oder erschlagen, nach Augenzeugenberichten waren es weit mehr als 100 Opfer. Die ukrainischen Behörden ermittelten aber allein gegen »prussische« Demonstranten und wurden wegen Verschleppung mehrfach von internationalen Institutionen wie dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte kritisiert. Verurteilt wurde niemand. Der damalige Gouverneur von Odessa erklärte, die Aktionen zur »Neutralisierung und Festnahme bewaffneter Terroristen« seien »rechtmäßig«. Als allerdings der damalige deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier am 13. Mai 2014 am Ort des Verbrechens einen Kranz niederlegen wollte, unterblieb das auf Verlangen der Putschisten. Das Gebinde blieb im Dienstwagen. Bilder aus Odessa wurden kaum verbreitet, und Steinmeier kam auf den Vorfall öffentlich nie wieder zurück. Kein Wendepunkt.

Dabei hatten faschistische Kräfte nur sieben Tage später, am 9. Mai, bereits ein zweites Massaker angerichtet, über das die westlichen Medien noch spärlicher berichteten als über das in Odessa. So log z. B. der Spiegel damals: »Ukrainische Truppen sind in Mariupol mit prussischen Separatisten zusammengestoßen.« »Prussen« gibt es nicht, allerdings russischsprachige Einwohner der Ukraine – etwa 40 Prozent. Sie waren auch keine Separatisten wie auf der Krim, in der Ostukraine ging es um größere Autonomie angesichts des Putsches

in Kiew. Videos vom 9. Mai 2014 aus Mariupol zeigten, wie Panzer mit ukrainischen Flaggen durch die Stadt rasten, wo unbewaffnete Zivilisten den »Tag des Sieges« als Feiertag begingen. Das genügte, um sie wahllos zu erschießen. In der Westukraine wurde ein »Tag der Trauer« begangen, das Anlegen sowjetischer Weltkriegsauszeichnungen war verboten.

Die Angriffe mit Artillerie und Kampfflugzeugen auf Lugansk und Slawjansk am 8. Juni 2014 und danach fanden in westlichen Medien überhaupt nicht mehr statt, schon gar nicht, was seither folgte: der tägliche, acht Jahre andauernde Beschuss von Wohnvierteln des Donbass durch die ukrainische Artillerie, das Aufstellen schwerer Waffen in Wohnvierteln, die Errichtung von Schießständen in Wohnungen. Diese Verbrechen forderten nach offiziellen Angaben bis heute mehr als 14.000 Tote. Na und? Präsident Wolodimir Selenskiy bezeichnete die Bewohner des Donbass als »Spezies«.

»Wendepunkt« war nötig

Der Umgang des Westens mit den von Kiew angestifteten Massakern und Kriegsverbrechen vor acht Jahren vollendet sich in dem, was nun aus dem Horror von Butscha gemacht wird. Töten die Trümmerteile einer ukrainischen Rakete im Zentrum von Donezk 21 Menschen, wie am 14. März geschehen, fragt keiner der Abgesandten deutscher Großmedien, worauf das Geschoss mit seinen Streubomben zielte. Das Vokabular Selenskij's allerdings – »Vernichtungskrieg« und »Genozid« – wurde übernommen. Die UN-Zahlen vom 5. April besagen: 1.563 Getötete, rund 2.200 Verletzte in der Ukraine seit dem 24. Februar. Das ist schlimm genug, zumal auch die Vereinten Nationen schätzen, dass zwei bis dreimal mehr Zivilisten getötet wurden.

Wer aber den Krieg jener, die jahrelang Erfahrungen im Morden der eigenen Bevölkerung gesammelt haben, eskalieren und Friedensverhandlungen um fast jeden Preis sabotieren will, der benötigt einen »Wendepunkt«.

■ Hintergrund

UN-Sicherheitsrat

Aufklärung über Butscha? Nicht im UN-Sicherheitsrat, wenn es nach dem Willen der Westmächte geht. Zweimal lehnte Großbritannien, das den Ratsvorsitz führte, am Wochenende Anträge Russlands auf eine Sondersitzung ab. Sie kam erst am Dienstag zustande – laut dem russischen UN-Botschafter Wassili Nebensja beispiellos in der Geschichte des Gremiums.

Er trug daher bereits am Montag auf einer Pressekonferenz in New York vor, was offenbar nicht nur aus russischer Sicht an Fakten feststeht: Am 30. März kündigte das russische Verteidigungsministerium nach einer weiteren Gesprächsrunde zwischen Russland und der Ukraine in Ankara den Abzug der Streitkräfte aus einer Reihe von Regionen an, darunter aus Butscha. Das bestätigte am folgenden Tag Bürgermeister Anatoli Fedoruk, der den Abzug in einem am 1. April im Fernsehsender Ukraine 24 gezeigten Video zum Sieg der ukrainischen Armee erklärte. Er erwähnte keine Massengreuel, Leichen, Morde, Gräber oder ähnliches. Am 2. April stellte die ukrainische Nationalgarde ein Video aus Butscha auf ihre offiziellen Seiten. Auf den Aufnahmen sind keine Leichen auf den Straßen zu sehen. Die Soldaten befragten mehrere Personen an verschiedenen Orten in der Stadt, von denen keiner ein Wort über ein »Massaker« oder Massentötungen sagte. Erst am 3. April tauchten die Bilder von Leichen auf.

Nebensja weiter: »Das von den Ukrainern verbreitete Filmmaterial zeigt, dass einige Leichen besondere Abzeichen auf ihren Oberarmen tragen – einen weißen Streifen.« Zivilisten trugen solche Streifen nach der Ankunft des russischen Militärs. Einer der Videoclips, die ukrainische Radikale ins Netz gestellt haben, enthält einen deutlich hörbaren Aufruf, alle zu erschießen, die keine blauen Streifen tragen. Dieses Video von der Säuberung Butschas wurde von einem Anführer eines der sogenannten Territorialbataillone hochgeladen, unter denen die ukrainischen Behörden Waffen verteilt haben, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Nur der chinesische UN-Botschafter Zhang Jun rief in der Sitzung ebenfalls zu Eskalation und Beendigung des Krieges auf. Er erklärte: »Die Berichte und Bilder über den Tod von Zivilisten in Butscha sind zutiefst beunruhigend. Die relevanten Umstände und spezifischen Ursachen des Vorfalles sollten überprüft und festgestellt werden. Alle Anschuldigungen sollten sich auf Fakten stützen. Solange das Gesamtbild nicht klar ist, sollten alle Seiten Zurückhaltung üben und unbegründete Anschuldigungen vermeiden.«

Am Mittwoch erklärte die New York Times ein weiteres im Internet kursierendes Video, das Erschießungen gefangener russischer Soldaten durch ukrainische Militärs zeigt, für echt.

Zitat des Tages

Kannst du mir Kaviar besorgen! Um höchstens 700 Euro! Danke.

Der damalige österreichische Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) in einer SMS an seinen Leibwächter, wie am Donnerstag ORF-Journalist Armin Wolf anlässlich einer neuen TV-Dokumentation auf Twitter öffentlich machte

Kurdischer Aktivist in Türkei abgeschoben

Frankfurt am Main. Ein kurdischer Aktivist ist am Donnerstag im Rahmen einer Sammelabschiebung in die Türkei abgeschoben worden. Das teilte der Flüchtlingsreferent von Medico International, Kerem Schamberger, über Twitter mit. Zuvor war die Abschiebung des seit drei Monaten in Abschiebehäft sitzenden Muhammed Tunc zweimal verhindert worden. Tunc sei in der Türkei wegen seines politischen Engagements akut von Verfolgung, Haft und Folter bedroht, meldete die kurdische Nachrichtenagentur ANF am Donnerstag. Das baden-württembergische Justizministerium habe die Abschiebung für gerechtfertigt erklärt, da Tunc nach Auseinandersetzungen mit türkischen Nationalisten wegen Körperverletzung verurteilt worden war. (jw)

Wahlrechtskommission konstituiert sich

Berlin. Die Kommission zur Neuregelung des Wahlrechts, die Vorschläge zur Verkleinerung des Bundestags erarbeiten soll, sollte am Donnerstag (nach jw-Redaktionsschluss) zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammenkommen. Sie soll sich auch mit der Erhöhung des Frauenanteils sowie mit der Frage befassen, ob das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt werden soll. Der Bundestag ist durch Überhangs- und Ausgleichsmandate immer größer geworden. Seine Regelgröße umfasst 598 Abgeordnete; aktuell hat er 736 Mitglieder. Unter den 26 Kommissionsmitgliedern sind 13 Abgeordnete und die gleiche Anzahl von Sachverständigen. Das Gremium soll bis Ende August einen Zwischenbericht mit Empfehlungen vorlegen. (AFP/jw)

Schlappe für Lauterbach

Im Bundestag fand keiner der Anträge für oder gegen Impfpflicht eine Mehrheit. **Von Nick Brauns**

Das aus den Ampelfraktionen unterstützte Vorhaben von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), eine allgemeine Impfpflicht gegen Corona in Deutschland einzuführen, ist krachend gescheitert. Am Donnerstag fand keiner der vier vorliegenden Anträge für oder gegen eine Impfpflicht die erforderliche Mehrheit im Bundestag.

Da bereits nach der ersten Bundestagsdebatte am 17. März erkennbar war, dass eine insbesondere bei SPD und Grünen populäre allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren chancenlos wäre, hatten die Einreicher eines solchen Antrages sich mit einer anderen Abgeordnetengruppe, die in ihrem Antrag eine Impfpflicht erst ab 50 Jahren befürwortete, auf einen Kompromiss geeinigt. Dieser auch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) unterstützte Antrag sah zuerst eine Beratungspflicht und ab 15. Oktober eine Impfpflicht ab 60 Jahren vor. Die Begrenzung auf eine vulnerable Altersgruppe zielte auf zusätzliche Stimmen etwa aus der Union. Doch nur 296 Abgeordnete stimmten für diesen Gesetzentwurf. Dagegen votierten 378, neun enthielten sich.

Mit Nein hatte auch die große Mehrheit der FDP-Mitglieder gestimmt, darunter der Parteivorsitzende und Bundesfinanzminister Christian Lindner sowie die drei weiteren Bundesminister der Liberalen. Eine Impfpflicht wäre bei den aktuellen Virusvarianten nur gerechtfertigt, wenn eine Überlastung des Gesundheitssystems drohe, dafür geben es aber trotz hoher Inzidenzen keine Anhaltspunkte, begründeten die liberalen Neinsager in einer schriftlichen Erklärung ihr Stimmverhalten.

Mit 172 Stimmen nicht einmal die Unterstützung aller CDU- und CSU-Abgeordneten fand ein Antrag der Unionsfraktion. Dieser sah den Aufbau eines Impfregisters sowie einen bei verschärfte Pandemielage durch Bundestag und



Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) wirbt im Bundestag für die Impfpflicht (Berlin, 7.4.2022)

Bundesrat zu aktivierenden »gestuften Impfmehanismus« mit möglicher Impfpflicht nur für gefährdete Bevölkerungsgruppen vor.

Ein Antrag gegen eine Impfpflicht, der von einer Abgeordnetengruppe um den FDP-Vizevorsitzenden Wolfgang Kubicki vorgelegt wurde, erhielt 85 Stimmen, 590 Abgeordnete lehnten ihn ab, zwölf enthielten sich. Für diesen auch von einigen Abgeordneten ihrer Fraktion unterstützten Antrag hatte zuvor in der Debatte die Linke-Abgeordnete Sahra Wagenknecht geworben. »Die Coronaimpfung muss eine persönliche Entscheidung bleiben«, sprach sich Wagenknecht gegen »Bevermündung« aus. Der Kanzler und der Gesundheitsminister hielten an ihrem Vorhaben einer Impfpflicht fest, um Durch-

setzungsfähigkeit zu demonstrieren und ihr Gesicht zu wahren, obwohl nicht bekannt sei, wie gut die Impfung gegen künftige Virusmutationen schützen werden, so Wagenknecht.

Ein Antrag der AfD, der nicht nur die Impfpflicht abgelehnte, sondern auch die für den Gesundheits- und Pflegebereich bereits im vergangenen Jahr beschlossene einrichtungsbezogene Impfpflicht wieder abschaffen wollte, bekam 79 Jastimmen aus den eigenen Reihen, 607 Abgeordnete stimmten mit Nein.

Eine Schlappe hatte die Ampel zuvor mit dem Versuch erlitten, die übliche Reihenfolge der Abstimmung, bei der der weitestgehende Antrag zuerst vorgelegt wird, auf den Kopf zu stellen. Eine Mehrheit von 345 Abgeordneten erteilte diesem von 339 Abgeordneten

unterstützten Vorhaben, bei dem offenkundig auf die Stimmen von Unionsabgeordneten nach dem Scheitern von deren Antrag spekuliert wurde, eine klare Absage.

»Um unnötige Opfer im Herbst zu vermeiden, sollte der Versuch nicht aufgegeben werden, bis dahin trotzdem eine Impfpflicht zu erreichen«, kündigte Bundesgesundheitsminister Lauterbach nach der Abstimmungsniederlage an, an seinen Plänen festzuhalten.

Nachdem über Parteigrenzen hinweg lange eine Impfpflicht ausgeschlossen worden war, hatten Kanzler Scholz und die Ministerpräsidenten der Länder angesichts schleppender Impffzahlen bei steigender Coronainzidenz Ende letzten Jahres einen Kurswechsel vollzogen.

Von Rassismus getrieben

Thüringen: Opferberatungsstelle »Ezra« verzeichnet für 2021 Angriffe auf mehr als 170 Menschen

Das Ergebnis ist alarmierend. Am Mittwoch stellte die Opferberatungsstelle »Ezra« ihre jährliche Statistik rechter Gewalt in Thüringen für das Jahr 2021 vor. Insgesamt wurden 119 rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten im Freistaat registriert, von denen mindestens 177 Menschen direkt betroffen waren, darunter auch

27 Kinder. Das mit Abstand häufigste Tatmotiv ist demnach mit 67 Prozent der registrierten Fälle weiterhin Rassismus. 16 Prozent der Angriffe zielten auf politische Gegnerinnen und Gegner, sieben Prozent richteten sich gegen Journalistinnen und Journalisten. Die Beratungsstelle konnte im vergangenen Jahr 234 Menschen unterstützen.

Beim überwiegenden Teil der Angriffe handelt es sich um Körperverletzungsdelikte. Die meisten Attacken wurden erneut in Erfurt und Jena gezählt – fast die Hälfte der registrierten Übergriffe fand in den beiden Städten statt. In die Statistik werden die Fälle aufgenommen, die anhand fester Kriterien des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG) festgelegt wurden. Die wiederum orientieren sich an der Definition des Bundeskriminalamts zu »politisch motivierter Kriminalität – rechts«.

»Rassistische Gewalt hat in Thüringen im vergangenen Jahr zugenommen und ist damit wieder auf dem Niveau von 2015 angekommen«, machte »Ezra«-Projektkoordinator Franz Zo-

bel am Mittwoch in Erfurt deutlich. Demnach markierte das Jahr 2015 den Startpunkt einer Welle rassistischer Gewalt, bei der es auch zu zahlreichen Anschlägen auf Unterkünfte für Geflüchtete gekommen war. Eine aktuelle Studie der Dualen Hochschule Gera-Eisenach bestätigte zudem, was Betroffene und fachspezifische Opferberatungsstellen wie »Ezra« seit Jahren sagen, so Zobel: »Rassistische Erfahrungen sind in Thüringen Alltag«, würden aber »nur ungenügend durch bestehende Statistiken erfasst«. Man habe es »mit einer enormen Dunkelziffer zu tun«. Nach der repräsentativen Erhebung der Hochschule hätten in Gera neun von zehn Befragten mit Zuwanderungsgeschichte in den vergangenen fünf Jahren Erfahrungen mit Rassismus gemacht.

Erstmals wurden auch Angriffe im Kontext der Coronapandemie als rechte Gewalttaten registriert. Insgesamt haben 14 Fälle einen solchen Bezug. Die Beratungsstelle habe »eine deutliche Zunahme von rechten Angriffen auf Journalist:innen unter anderem bei den »Querdenken«-Demonstrationen« feststellen müssen, »die auch Ausdruck einer jahrelangen Feindmarkie-

rung durch extrem rechte Akteur:innen wie die AfD sind«, erklärte Opferberaterin und Soziologin Theresa Lauß in einer Stellungnahme des Vereins vom Mittwoch.

Mit Blick auf das laufende Jahr wurde darüber hinaus auf die Gefahr einer weiteren Eskalation von Rassismus wie zum Beispiel durch Terroranschläge hingewiesen. »Die Gründe dafür sehen wir insbesondere in den rassistischen Debatten in der Öffentlichkeit wie etwa über »echte« und »unechte« Geflüchtete, in einem weitverbreiteten Rassismus und im hohen Mobilisierungspotential der extrem Rechten«, warnte Projektkoordinator Zobel. Er attestierte der Landespolitik eindeutige Versäumnisse bei der Umsetzung von Maßnahmen gegen rechts. Das habe sich unter anderem aus den beiden NSU-Untersuchungsausschüssen und der Enquetekommission »Rassismus« ergeben. Zudem müsse auch die Mehrheit der nicht betroffenen Gesellschaft Verantwortung übernehmen. Dazu zählten auch gesellschaftliche Akteure wie Unternehmen, Verkehrsbetriebe, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände.

Henning von Stoltzenberg

ANZEIGE

ISW analysen. fakten. argumente. institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.

ISW-wirtschaftsinform 60
Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation im zweiten Jahr der Pandemie

BILANZ 2021
Ausblick 2022
Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation im zweiten Jahr der Pandemie

In 13 Einzelkapiteln – Arbeitslosigkeit/Beschäftigung, Armut, Außenwirtschaft, BIP/Wachstum/Inflation, Einkommensverteilung, Finanzmärkte, Gewinne/Dividenden, Öffentliche Haushalte, Renten, Reichtum/Vermögen, Ökologie/Wachstum – untersuchen die Autoren, wie sich die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation im zweiten Pandemiejahr 2021 entwickelt hat. Ein zusätzliches Kapitel widmet sich der Pharmaindustrie. Anschaulich aufbereitet mit zahlreichen Grafiken. Eine Fülle von Fakten & Argumenten für die Diskussion in Betrieb, Gewerkschaft und Gesellschaft.

isw-wirtschaftsinform 60 März 2022 | 56 S. | 5,00 EUR + Vers.

Alle lieferbaren isw-Publikationen: www.isw-muenchen.de

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V., Johann-von-Werth-Straße 3
80639 München, fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Streik gegen Normalzustand

Berliner Lehrkräfte fordern kleinere Klassen. Ausstand in der Kritik. Gegenseite führt fehlende Zuständigkeit und Flüchtlingskinder an. **Von Susanne Knütter**

Im Vorfeld des Streiks am Donnerstag kam Kritik von Schülern, Eltern und Schulleitungen. Die Leiterin der Schulleitervereinigung der GEW legte erst ihr Amt nieder und gab dann auch ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft auf. Für die Schüler sei es unzumutbar, an einem Tag, an dem Abiturprüfungen stattfinden, die Arbeit niederzulegen.

Nach Angaben der GEW hingegen sei es schwer, zwischen April und Juni einen Termin zu finden, an dem keine Abiturprüfungen stattfinden. Und im übrigen sei das Abitur nicht wegen eines Streiktages gefährdet, »sondern jeden Tag wegen der miesen Lernbedingungen«, twitterte die Bildungsgewerkschaft am Donnerstag mittag. Nach ihren Angaben haben sich Lehrkräfte aus allen Schulen an dem Warnstreik beteiligt. Knapp 3.000 Streikende seien auf der Straße gewesen. Ob Abiturprüfungen ausgefallen sind, konnte Donnerstag nachmittag noch nicht gesagt werden. Da die GEW den Termin aber frühzeitig angekündigt hatte, seien die »allermeisten Prüfungen« verschoben worden, erklärte GEW-Pressesprecher Markus Hanisch gegenüber jW.

Auch die von verschiedenen Berliner Initiativen getragene Kampagne »Schule muss anders« erinnerte auf Twitter daran, dass der Normalzustand das Problem sei, nicht der Streik. Aus diesem Grund beteiligten sich auch Schüler an der Demonstration. Denn eines ist nicht von der Hand zu weisen: Die Lernbedingungen der Schüler hängen mit den Arbeitsbedingungen der Lehrer zusammen. Der Vorsitzende der GEW Berlin, Tom Erdmann, machte in seiner Rede vor dem Berliner Abgeordnetenhaus deutlich: Die meiste Belastung im Lehrerberuf ist Folge der Klassengröße. Um »Rückmeldungen zu geben« und »Lernangebote zu machen, braucht

es Zeit«. Auch »multiprofessionelle Teams« bräuchten Zeit.

Die GEW fordert daher kleinere Klassen im Rahmen eines Tarifvertrags Gesundheitsschutz. An Grundschulen soll die Klassengröße auf 19 Schüler begrenzt werden. Bisher sind bis zu 26 Kinder erlaubt. Außerdem soll ab einer Schulgröße von 2.000 Schülern ein Schulpsychologe angestellt werden und pro 150 Schüler ein Sozialpädagoge. Die Aufnahme von Tarifverhandlungen ist bislang nicht in Sicht, obwohl alle drei Regierungsparteien vor der Wahl kleinere Klassen gefordert hatten. Der Finanzsenat versteckte sich hinter der Tarifgemeinschaft der Länder,

kritisierte Erdmann. Diese verhandelt für die Schulen die Gehälter. Werden außerhalb der regulären Tarifverträge Forderungen aufgestellt – und dann auch noch qualitative, wie die nach Entlastung –, beruft sich die Kapitaleseite gern auf die fehlende Zuständigkeit. Am Ende entscheidet die Streikbereitschaft. Die Arbeitskämpfe an den Unikliniken Charité und Vivantes im letzten Jahr sind dafür Beispiel.

Berlins Regierende Bürgermeisterin, Franziska Giffey (SPD), berief sich im Vorfeld auf 2.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine, die die Berliner Schulen bereits zusätzlich aufgenommen haben. Im Moment sei

die »Zeit des Zusammenrückens« und des »Mehr-Kapazitäten-Schaffens«, sagte Giffey laut Bericht der *Berliner Morgenpost* vom Dienstag. In einer Situation des Lehrermangels über verkleinerte Klassen zu sprechen, das sehe sie nicht.

Aus Sicht der GEW könnte ein Tarifvertrag Gesundheitsschutz mehr Kapazitäten schaffen. Er würde weniger Krankheitsausfälle bedeuten und könnte ein Argument für Teilzeitkollegen sein, ihre Stunden aufzustocken, sagte Erdmann am Donnerstag. Nach Informationen der GEW arbeiten gegenwärtig 30 Prozent der Berliner Lehrkräfte in Teilzeit.



Auch die Schüler würden von kleineren Klassen profitieren (Berlin, 7.4.2022)

BAföG bleibt Baustelle

Kabinettsbeschluss zur »Reform« der Ausbildungsförderung stößt bei Verbänden auf Kritik

Der versprochene große Wurf beim BAföG bleibt aus – zumindest vorerst. Der am Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf zur 27. Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetzes erntet manches an Lob, aber auch einiges an Kritik. Allen voran die dürftige Erhöhung der Bedarfssätze um fünf Prozent stößt auf Widerspruch. Unisono bemängeln Studierendenverbände, Gewerkschaften und das Deutsche Studentenwerk (DSW): Das reicht nicht aus angesichts der Welle an Preissteigerungen, die das Leben drastisch verteuern. Zuspruch erhält die zuständige Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) für die kräftige Anhebung der Eltern-, Einkommens- und Vermögensfreibeträge. Diese Maßnahmen scheinen durchaus dazu angetan, den Kreis der Leistungsbezieher auszuweiten.

Im Jahr 2020 kamen die staatlichen Hilfen nur mehr bei rund elf Prozent aller Hochschüler in Deutschland an. Stand jetzt dürften es noch weniger sein. Besserung verspricht auch die geplante Anhebung der Altersobergrenzen auf 45 Jahre. Bisher erlischt der Anspruch mit 30 Jahren. Wer in »höherem« Alter nach abgeschlosse-

ner Lehre oder verfehlter Berufswahl ein Studium nachholen wollte, ging leer aus. Ob die Änderung im Verbund mit einer Aufstockung der Elternfreibeträge um 20 Prozent wirklich den »Grundstein dafür legt, dass das BAföG attraktiver, moderner und flexibler wird und wieder mehr echte Teilhabe an bester Bildung ermöglicht«, wie die Ministerin am Mittwoch in Berlin verkündete, bleibt abzuwarten. Viele der heute schon Antragsberechtigten nehmen ihr Anrecht nicht wahr, weil die Zuwendungen in der Regel die Lebenshaltungskosten nicht decken oder sie die Aussicht auf eine spätere Verschuldung abschreckt.

Gerade hier bleibt die Gesetzesvorlage vieles schuldig. Schritte in Richtung Umstellung auf eine Vollförderung gibt es nicht – heute wird die Hälfte der Zuschüsse nur als rückzahlungspflichtiges Darlehen bewilligt. Und ein von 427 auf 449 Euro angehobener Grundbedarf wird preisbereinigt nicht einmal den Status quo bewahren. Für den »freien Zusammenschluss von student*innenschaften« (FZS) zeichnet sich denn auch ein Novum der bitteren Art ab. So werde »dieses Mal nicht einmal die Inflation ausreichend ausgeglichen, vom vermut-

lich verfassungswidrigen Höchstsatz ganz zu schweigen«, monierte Vorstandsmittglied Daryoush Danaii am 6. April in einer Medienmitteilung. Unzureichend sei auch der Aufschlag bei der Mietpauschale für auf eigene Rechnung wohnende Studierende von 325 auf 360 Euro im Monat. Im Durchschnitt würden heute bereits 400 bis 450 Euro Miete fällig. Das Fazit des studentischen Dachverbands: Die Vorhaben würden »erneut den Großteil der Studierenden nicht erreichen und sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein«.

Von »klaren Stärken« und einer »eklatanten Schwachstelle« sprach das Deutsche Studentenwerk in einer Stellungnahme vom Mittwoch. Stark-Watzinger solle Studierenden »keinen Kaufkraftverlust zumuten«, die Bedarfssätze gehörten deshalb »um mindestens zehn Prozent« heraufgesetzt, bemerkte DSW-Generalsekretär Matthias Anbuhl. »Wir erwarten, dass die Koalition hier im parlamentarischen Verfahren ordentlich nachlegt«, äußerte sich am selben Tag die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Elke Hannack. Nötig sei eine pauschale Erhöhung »um 150 Euro und ein Miet-

kostenzuschuss, der sich am Wohngeldgesetz orientiert«. Um Vertrauen zu schaffen, gelte es überdies, die Freibeträge und Bedarfssätze regelmäßig anzupassen, damit das BAföG »perspektivisch mit der Inflation Schritt halten« könne.

Was nicht ist, kann ja noch werden. Die im Koalitionsvertrag der Ampelparteien angekündigte große Strukturreform will die Ministerin in der laufenden Legislaturperiode umsetzen. Die aktuellen Planungen für das kommende Wintersemester seien »erst der Einstieg in eine umfassendere Neuausrichtung der individuellen Ausbildungsförderung«, erklärte Stark-Watzinger.

Auf der Agenda stünden die Einführung einer Studienstarthilfe für sozial benachteiligte junge Menschen sowie weitere Flexibilisierungen bei Förderungshöchstdauer und Fachrichtungswechseln. Ferner sei ein Nothilfeinstrument im BAföG für künftige Krisen »in Arbeit und soll noch in diesem Jahr kommen«. Im Interview mit dem aktuellen *DSW-Journal* signalisierte sie außerdem eine Abkehr von der BAföG-Politik nach Kassenlage. Künftig werde es »einen regelmäßigen Prozess geben, einen sinnvollen Rhythmus«. **Ralf Wurzbacher**

Deutsches Kapital setzt auf Macron-Sieg

Berlin. Deutsche Wirtschaftsvertreter setzen bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich am kommenden Wochenende auf Amtsinhaber Emmanuel Macron. Die Regierung habe sich unter seiner Präsidentschaft sehr stark für die französische und die ausländische Wirtschaft eingesetzt, sagte der Chef der Außenhandelskammer Frankreich, Patrick Brandmaier, am Donnerstag in Berlin. Volker Treier, Außenhandelschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, sagte, der Ausgang der Wahl sei wichtig für die Ausrichtung der deutsch-französischen Achse sowie die handels- und industriepolitische Ausrichtung der EU. (dpa/jW)

Institut rechnet mit mehr Insolvenzen

Halle. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat im März mehr Insolvenzen verzeichnet. Wie das IWH am Donnerstag mitteilte, sei auch für die nächsten Monate »eher mit steigenden Insolvenzen zu rechnen«. Im vergangenen Monat habe es 775 Firmenpleiten von Personen- und Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik gegeben, was zehn Prozent mehr als im Februar und knapp 30 Prozent mehr als im Januar entsprechende. In zehn Prozent der größten im März insolvent gemeldeten Unternehmen waren laut Institut mehr als 7.700 Jobs betroffen. (Reuters/jW)

Gericht: Kündigungen bei Gorillas wirksam

Berlin. Das Arbeitsgericht Berlin hat die Kündigungsschutzklagen dreier Fahrer des Lieferdienstes Gorillas gegen vom Unternehmen ausgesprochene fristlose Kündigungen wegen Teilnahme an einem verbandsfreien Streik abgewiesen. Wie die Kammer am Mittwochabend mitteilte, sei Teilnahme am Streik nur dann rechtmäßig, wenn dieser von einer Gewerkschaft getragen werde. Die »Rider« hatten argumentiert, dass Streiks auch ohne gewerkschaftlichen Aufruf und ohne tarifliches Ziel zulässig seien und angekündigt, in Berufung gehen zu wollen. (jW)

jW Vorschau

Lesen Sie am Wochenende:



HAZIR REKA/REUTERS

»Bildung ist wesentlich für den Friedensprozess«

Über die deutsche Hochschullandschaft und Erfahrungen nach NATO-Interventionen im Kosovo sowie in Afghanistan.

Ein Gespräch mit Michael Daxner

Ausgabe für 2,30 € (D), 2,50 € (AUT) bzw. 2,90 CHF am Kiosk erhältlich

jungewelt.de/verteilen

junge Welt sucht Unterstützer ...

... für die Verteilung von vielen Zeitungen und das Sammeln von Probeabos am **30. April/1. Mai 2022** sowie für die **Ostermärsche**

Bestellungen und Informationen über das **JW-Aktionsbüro: 0 30/53 63 55-10** sowie unter **aktionsbuero@jungewelt.de**.



Ja, ich bestelle

von der Ausgabe **30. April/1. Mai 2022** (Bestellungen bitte bis 19. April 2022)

von der Ausgabe **16. bis 18. April 2022** (Ostern/Bestellungen bitte bis 8. April 2022)

50 Exemplare

100 Exemplare

300 Exemplare

Mehr Material auf Anfrage beim Aktionsbüro unter 0 30/53 63 55-10.

Vorname

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ja, ich bestelle Werbematerial kostenfrei dazu.

Zeitungen bitte an folgende Adresse liefern:

Name/Institution (ggf. genauen Ablageort beschreiben):

.....

.....

Straße

PLZ/Ort

Bestellungen an **aktionsbuero@jungewelt.de** oder **telefonisch unter 0 30/53 63 55-10**

Coupon einsenden oder faxen an:
Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin,
Fax: 0 30/53 63 55-44

Waffen statt Diplomatie

Ukrainische Forderung findet bei NATO Gehör. **Von Ina Sembdner**

Die NATO plant eine deutliche Ausweitung der militärischen Aufrüstung der Ukraine. Noch vor rund zwei Wochen war eine solche Unterstützung bei einem Sondergipfel des westlichen Kriegsverbündnisses ausgeschlossen worden. Beim Treffen der NATO-Außenminister am Donnerstag in Brüssel erklärte nun Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), man schaue, wie man die Ukraine zukünftig intensiver und koordinierter unterstützen könne. Ihre britische Amtskollegin Elizabeth Truss konkretisierte gleich: »Wir intensivieren unsere Waffenlieferungen.« Genauere Details wurden nicht bekannt. Mehrere Teilnehmer bestätigten jedoch im Hintergrund, so *dpa*, dass Tschechien bereits Kampfpanzer auf den Weg in die Ukraine gebracht habe.

Weiteren Druck auf seine westlichen Verbündeten hatte zuvor Dmitro Kuleba aufgebaut. Der ukrainische Außenminister erklärte, Deutschland könne »angesichts seiner Reserven und Kapazitäten« mehr machen, Länder, die

zwischen Offensiv- und Defensivwaffen unterschieden, seien »scheinheilig«. Sein Land wolle »Waffen, Waffen, Waffen«, denn diese würden »heute dem Frieden« dienen. Von Berlin fordert Kiew unter anderem Panzer. Die USA hatten vor dem Treffen weitere Militärhilfen von bis zu 100 Millionen US-Dollar angekündigt.

Diplomatie spielt derweil eine zunehmend geringere Rolle. Nach der Ausweisung zahlreicher russischer Diplomaten aus europäischen Hauptstädten rückt Kiew offenbar auch von bislang mit Moskau erreichten Verhandlungsergebnissen ab. Am Donnerstag erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow laut TASS, die ukrainische Regierung habe am Vortag einen Abkommensentwurf vorgelegt. Dieser stelle jedoch »eine klare Abweichung von den wichtigsten Bestimmungen dar«, die bei dem Treffen in Istanbul vergangene Woche festgehalten worden seien. So bestehe Kiew unter anderem darauf, die seit 2014 zur Russischen Föderation gehörende Krim und

die »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk »auf die Tagesordnung eines Treffens zwischen dem russischen und dem ukrainischen Präsidenten« zu setzen.

Unterdessen konzentrieren sich die Kämpfe auf die Ostukraine. Russische Truppen hätten 29 Militärobjekte bombardiert, erklärte Militärsprecher Igor Konaschenkow. Dabei seien Luftabwehrsysteme, Artilleriegeschütze, mehrere Kommando- und Stützpunkte der ukrainischen Streitkräfte sowie Munitions- und Treibstofflager vernichtet worden. Der Bürgermeister von Charkiw, Igor Terechow, sagte am Mittwochabend per Videobotschaft, weder er noch das Militär hielten es momentan für notwendig, eine zentralisierte Evakuierung aus der zweitgrößten Stadt des Landes durchzuführen. Zuvor hatte die ukrainische Vizeregierungschefin Irina Wereschtschuk aus Sorge vor einer neuen russischen Offensive im Osten des Landes die Menschen in den Gebieten Lugansk, Donezk und Charkiw zur Flucht aufgerufen.

Im zerstörten Mariupol

Ukraine-Krieg: Zivilisten berichten von Greueln durch Neonazibataillon

Bevor ich in die ukrainische Hafenstadt Mariupol fahre, spreche ich mit einem jungen spanischen Journalisten, der gerade dort gewesen ist. Er erzählt mir unter anderem davon, dass er »Dutzende Menschen befragt« habe, die »alle bestätigt haben, dass »Asow« wahllos mit Scharfschützen auf Zivilisten schießt«. Das neonazistische »Asow«-Bataillon hat in Mariupol sein Hauptquartier und ist Teil der ukrainischen Nationalgarde.

Nach einer Menge Papierkram und nachdem wir Helme und kugelsichere Westen aufreiben konnten, erhalten wir die Genehmigung, nach Mariupol zu fahren. Doch die Erlaubnis kommt so plötzlich, dass wir nicht einmal Zeit haben zu tanken. Unser unermüdlicher Leiter und Übersetzer erzählt: »Mariupol ist eine Hafenstadt mit etwa einer halben Million Einwohnern, von großer Bedeutung für Donezk. Auch hier fand 2014, nach dem Massaker von Odessa, ein Referendum über die Unabhängigkeit statt.« Und auch dort hätten dabei die Unabhängigkeitsbefürworter gewonnen. »Im selben Jahr begann die Konfrontation mit der Ukraine, und Pro-NATO-Kräfte drangen in Mariupol ein.« Seitdem lebten die Menschen unter dem Kommando des »Asow«-Bataillons in Angst.

Nachdem wir viele Kontrollpunkte passiert haben und wegen des schweren Beschusses Umwege auf uns nehmen mussten, erreichen wir die Stadt. Das erste, was ich sehe, ist ein großer ehemaliger Verbrauchermarkt. Hier werden humanitäre Hilfsgüter aus Russland verteilt, es gibt Tausende Menschen, Warteschlangen, Krankenwagen und Leute, die nach vermissten Angehörigen suchen. Dann die brutale Zerstörung von Mariupol. Überall verbrannte, zerstörte, bombardierte Gebäude. Es ist ein danktes Bild einer einst blühenden Stadt. Zwischen den Trümmerhaufen liegen Abfälle, Spielzeug, Gebrauchsgegenstände, ich sehe auch ein totes Tier, das ich nicht identifizieren kann.

Wir erreichen einen mehr oder weniger sicheren Punkt, schwere Artillerie

tönt etwa 700 Meter entfernt von hier. Wir können filmen und den Leuten frei Fragen stellen. Eine Familie kocht Tee und etwas, das wie Suppe aussieht, auf einem behelfsmäßigen Grill. Ein älterer Mann bittet mich um Essen – zum Glück ist mit uns zusammen ein Transporter mit humanitärer Hilfe gekommen. Auf der einen Seite der Straße feigt eine Frau rund um die Ruinen, vielleicht, um wieder so etwas wie Normalität herzustellen. Ich frage eine Familie, warum sie trotz der Artillerieangriffe hierbleibt: »Wir können nirgendwo hin. Unser Haus ist hier, und wir haben kein Geld oder irgend etwas außerhalb von hier.« Außerdem wollten sie weiter nach verlorengegangenen Verwandten suchen, wird mir erklärt.

Auf einem Spielplatz sehen wir mehrere improvisierte Gräber, hier scheinen die Detonationen näher. Anwesende erklären: »Wir müssen die Toten schnell begraben, um den Ausbruch von Krankheiten zu vermeiden.« Auf dem Weg zu dem Punkt, von dem aus wir zurückkehren sollen, bleibe ich beim Anblick eines großen, sehr frischen Kraters stehen. Er scheint durch eine Explosion verursacht worden zu sein. Als ich mich vorsichtig dem Rand nähere, entdecke ich, dass es sich um ein Massengrab handelt. Darin liegen mehrere Leichen, die mit Plastik und Decken bedeckt sind. »Asow« hat uns sehr schlecht behandelt, sie sind schlimmer als Faschisten, sie sind Tiere«, sagt eine alte Frau, die ich treffe.

Auf dem Weg zurück nach Donezk geht uns fast das Benzin aus – mitten im Nirgendwo, ganz in der Nähe ist Artilleriefeuer zu hören. Nachdem wir ein halbes Dutzend zerstörter Tankstellen passiert haben, finden wir glücklicherweise eine funktionierende. Alle Beschriftungen sind auf ukrainisch, obwohl wir uns in einem mehrheitlich russischsprachigen Gebiet befinden. Wir haben es geschafft und die Stadt über große Umwege wieder erreicht.

»Asow« ist in der Fabrik (»Asow«-Stahlkombinat im Osten von Mariupol, jw) und im Hafen konzentriert«, erklärt ein Mann namens Andrej. Ihre Situation

sei ausweglos, »aber in der Zwischenzeit wollen sie so viele Menschen wie möglich töten, auch wenn es Zivilisten sind«. In Donezk sind Hunderte Zivilisten untergekommen, denen die Flucht aus Mariupol gelungen ist. »Aus den Häusern heraus und zum humanitären Korridor zu kommen ist ein Kunststück«, sagen uns Menschen vor einem Aufnahmezentrum. Sergej und seine Partnerin wollen nicht gefilmt werden. Sie erzählen uns, dass sie von Kämpfern des »Asow«-Bataillons aufgehalten und aus dem Auto gezerrt worden seien. Das Auto sei ihnen gestohlen worden, ebenso wie die wenigen Dinge, die sie für die Flucht eingepackt hatten. Die beiden zeigen uns Bilder von dem Gebäude, in dem sie lebten, die oberen Stockwerke sind zerstört. Sergej erzählt, ukrainische Soldaten seien in das Haus gekommen, um auf der Terrasse Position zu beziehen. »Von dort aus schossen sie auf die Russen, die unter dem Haus vorbeikamen. Sie feuerten von der Terrasse, während das Gebäude von Zivilisten bewohnt war.«

Die Geschichten derjenigen, mit denen wir sprechen können, ähneln sich. Eine Frau erzählt: »Mein Mann wurde vom »Asow«-Bataillon angeschossen, als er die Straße überquerte.« Sie habe drei Tage an seiner Seite verbracht, da er an beiden Beinen verwundet gewesen sei. »Wir baten bei einem Posten der ukrainischen Armee um Hilfe, aber sie verhöhnten uns nur und schickten uns zurück auf die Straße.« Als sie schon gedacht hätten, dass er nicht überleben werde, habe ihnen nach drei Tagen ein Arzt geholfen, ihrem Mann seien beide Beine amputiert worden. Aber: »Wir haben es geschafft, mit unserer Tochter und meinem verletzten Mann den humanitären Korridor zu erreichen«, so die Frau weiter. **Guillermo Quintero, Mariupol**

■ Guillermo Quintero ist Filmemacher und berichtet für *junge Welt* aus der Ukraine.

■ Übersetzung aus dem Spanischen: Frederic Schnatterer

Symbolisches Urteil

Fall der Ermordung Sankaras: Gerichtsentscheidung in Burkina Faso lässt Hintermänner unbehelligt. Rolle Frankreichs nicht aufgeklärt. **Von Christian Selz, Kapstadt**

Ein Militärgericht in Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou hat den ehemaligen Staatschef Blaise Compaoré zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Das Gericht hielt es für erwiesen, dass der Expräsident, der das Land von 1987 bis 2014 regierte, seinen Vorgänger Thomas Sankara ermorden ließ. Zusammen mit Compaoré hatten 13 weitere Angeklagte vor Gericht gestanden, von denen zehn zu Haft verurteilt und drei freigesprochen wurden. Ebenfalls lebenslange Freiheitsstrafen erhielten Hyacinthe Kafando, damals Kommandeur von Compaorés Leibgarde und Anführer der Mordtruppe, sowie der General Gilbert Diendéré, einer der Anführer des Putsches.

Tatsächliche Auswirkungen hat der Richterspruch allerdings wohl nur für die Verurteilten aus der zweiten Reihe, die zwischen drei und 20 Jahren hinter Gitter müssen. Diendéré sitzt wegen eines weiteren Putschversuchs 2015 bereits eine zwanzigjährige Haftstrafe ab, Kafando ist seit 2016 untergetaucht, und Compaoré floh bereits 2014, kurz nachdem er infolge eines Volksaufstands gestürzt worden war, in die benachbarte Republik Côte d'Ivoire. Dort freundlich aufgenommen wurde der Autokrat und langjährige wichtige Partner der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich von Präsident Alassane Ouattara, dem die Franzosen 2010 mit Waffengewalt zur Durchsetzung seines Wahlsiegs gegen den in Paris in Ungnade gefallenen Laurent Gbagbo verholfen hatten. Eine Auslieferung Compaorés, der inzwischen die ivorische Staatsbürgerschaft angenommen hat, lehnt die Republik Côte d'Ivoire ab.

Ein Schritt in Richtung Gerechtigkeit ist das Urteil dennoch, weil es einen Fall abschließt, der unter der Herrschaft Compaorés 27 Jahre lang vertuscht worden war. Letzterer hatte 1987 umgehend die Macht übernommen, auf dem Totenschein Sankaras vermerkten zwei Militärärzte damals eine »natürliche Todesursache«. Erst 2015, nach dem



Schritt in Richtung Gerechtigkeit: Freude bei Anhängern des früheren Staatschefs von Burkina Faso, Thomas Sankara, nach dem Urteil (Ouagadougou, 6.4.2022)

Sturz Compaorés, wurde der Leichnam Sankaras exhumiert. Er wies Spuren von über einem Dutzend Einschüssen auf. Im vergangenen Oktober begann schließlich der Prozess gegen die Verantwortlichen. Das Verfahren sei notwendig, um der »Kultur der Straflosigkeit und der Gewalt« Einhalt zu gebieten, erklärte Mariam Sankara, die Witwe des Revolutionsführers, damals. Letztlich gelang aber auch dies bestenfalls auf lokaler Ebene.

Die Rolle Frankreichs, wo in den Augen vieler in Burkina Faso die Hintermänner für den Mord an Sankara zu suchen wären, wurde in dem Prozess nicht erörtert. Für die Öffentlichkeit sind bis heute nicht einmal die von Paris geheimgehaltenen Dokumente mit Bezug zu dem Mord einsehbar, deren Herausgabe der französische Präsident Emmanuel Macron 2017 bei einem Staatsbesuch

in Ouagadougou angekündigt hatte.

Als Compaorés Mordtrupp am 15. Oktober 1987 in die Sitzung des Nationalen Revolutionsrats stürmte und neben Sankara noch zwölf weitere Menschen tötete, wurde damit auch der Versuch einer Revolution beendet, die dem Westen und insbesondere der bis heute enorm einflussreichen Exkolonialmacht Frankreich nicht gefallen konnte. Inspiriert von der Kubanischen Revolution hatte Sankara in nur vier Regierungsjahren eine enorm erfolgreiche Alphabetisierungskampagne vorangetrieben, das öffentliche Gesundheitswesen ausgebaut, Kinderschutzimpfungen zugänglich gemacht und eine Agrarreform mit deutlicher Produktionssteigerung durchgesetzt. Doch nicht die Programme an sich, sondern deren Basis machten ihn gefährlich. Sankara lehnte nicht nur Entwicklungshilfe ab, weil seiner erklärten

Meinung nach »derjenige, der dich füttert, dich kontrolliert«, sondern er stellte sich auch gegen das Schuldendiktat von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Vor der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), dem Vorläufer der heutigen Afrikanischen Union, rief er offen dazu auf, Außenstände im Ausland nicht mehr zu begleichen.

»Wenn Burkina Faso sich alleine weigert, die Schulden zu bezahlen, bin ich auf der nächsten Konferenz nicht mehr da«, erklärte er bereits im Juli 1987 vor der OAU. Die düstere Vorhersage trat ein, Compaoré verkehrte nach Mord und Putsch jegliche fortschrittliche Politik Sankaras wieder ins Gegenteil. Bis heute ist Burkina Faso – zu deutsch das Land der aufrechten Menschen, immerhin diese Umbenennung Sankaras blieb bestehen – eines der ärmsten Länder der Welt.

Verstärkte Propaganda

Großbritannien: Anwerbeversuche des faschistischen »Asow«-Regiments laut Bericht erfolglos

Britische Behörden haben in den vergangenen Wochen davor gewarnt, dass das ukrainische »Asow«-Regiment seit Kriegsbeginn gezielt versucht, mit englischsprachiger Propaganda britische Faschisten zu rekrutieren. Laut einem Bericht gelingt das aber kaum: Die meisten Briten, die zum Kämpfen in die Ukraine gegangen seien, hätten sich der ukrainischen Fremdenlegion angeschlossen und seien Soldaten oder ehemalige Armeeangehörige, ohne dass »rechtsextreme« Verbindungen bekannt seien.

In dem Bericht des britischen Antiterrorismus-Beratungs- und Versicherungsunternehmens »Pool Re« zum März heißt es, »das neofaschistische »Asow«-Regiment ist eine in Mariupol stationierte Einheit der ukrainischen Nationalgarde«. Die monatlichen Berichte – genannt »Pool Re:Solution« – sollen britischen Unternehmen bei der Einschätzung der nationalen und internationalen Terrorismusgefahr dienen. Die Informationen bezieht die Firma vorzugs-

weise aus Regierungs- und Geheimdienstkreisen.

Seit dem Beginn des Kriegs habe die britische Regierung erwartet, dass Faschisten das Land verlassen würden, um mit »Asow« in der Ukraine zu kämpfen – vor allem da das britische Außenministerium betont hatte, Staatsbürger nicht am Kämpfen in der Ukraine zu hindern. Dabei stellt die Bezahlung ausländischer Kombattanten einen Verstoß gegen internationales Recht dar. Bis jetzt gebe es aber keine Belege, dass bekannte Faschisten sich dem »Asow«-Regiment angeschlossen haben, heißt es in dem Bericht. Andere britische Staatsbürger hätten sich der Fremdenlegion angeschlossen.

Zu den Anwerbeaktivitäten heißt es in dem Bericht: »Pool Re:Solution beobachtet ein signifikantes Wachstum bei der Veröffentlichung von Propaganda und Rekrutierungsversuchen in englischer Sprache in den sozialen Medien durch ukrainische Rechtsextreme seit dem 24. Februar.« »Asow« sehe in Foren und Telegram-Kanälen von

Faschisten »das Potential, ausländische Kämpfer anzuwerben« und biete praktische Informationen, wie man sich dem Kampf in der Ukraine anschließen kann.

Die Ukraine ist seit den sogenannten Maidan-Protesten 2014 zu einem Knotenpunkt der internationalen faschistischen Szene auf beiden Seiten des Atlantiks geworden. Söldner – auch aus Deutschland und Österreich – flogen in den letzten Jahren in das Land, um sich dort in Trainingslagern ausbilden zu lassen und dann mit dem »Asow«-Regiment im Donbass zu kämpfen.

In einer im Sommer 2021 veröffentlichten Studie für das US-Fachmagazin für Antiterrorismus, *CTC Sentinel*, schreibt der deutsche Journalist Yassin Musharbash, dass der Konflikt in der Ukraine für die faschistische Szene dieselbe Rolle als »Beschleuniger« spielt, wie Afghanistan für Dschihadisten in den 1980er und 90er Jahren. Damals bekamen viele dschihadistische Söldner erste Erfahrung auf dem Schlachtfeld, und kämpften später in Tschetschenien, Bosnien

und Syrien für die Errichtung von Kalifaten.

Britische Faschisten versuchen währenddessen laut dem März-Bericht von »Pool Re:Solution« selbst neue Mitglieder anzuwerben. Laut einem neuen Bericht der britischen Antirassismusgruppe »Hope not Hate« greifen sie dabei vermehrt auf Fitness-Apps zu. Damit versuchen sie die Sperren auf sozialen Medien wie Facebook, Instagram und Twitter zu umgehen und gleichzeitig Personen zu gewinnen, die nicht auf Telegram aktiv sind. Auf den Fitness-Apps schalten sie Werbung, in der dazu aufgerufen wird, sich »fit für den kommenden Rassenkrieg« zu machen.

Laut einem Bericht der britischen Tageszeitung *Guardian* von Anfang März nutzt die größte faschistische Gruppe Englands, die »Patriotic Alternative«, das während der Pandemie gestiegene Interesse an Onlinefitnessgruppen, um Unterstützer zu gewinnen. Ihr größter derartiger Kanal hat 1.200 Follower auf Telegram.

Dieter Reinisch

Türkei: Verfahren zu Chaschukdschi beendet

Istanbul. Die türkische Justiz stellt ihre Ermittlungen im Fall des 2018 ermordeten saudiarabischen Journalisten Dschamal Chaschukdschi (engl.: Jamal Khashoggi) ein. »Wir haben entschieden, den Fall an Saudi-Arabien zu übergeben«, teilte ein Gericht in Istanbul am Donnerstag mit. Vor dem Gericht hatte im Juli 2020 ein Prozess in Abwesenheit gegen 26 Beschuldigte begonnen. Der 59jährige oppositionelle Chaschukdschi war am 2. Oktober 2018 im saudiarabischen Konsulat in Istanbul ermordet worden.

(AFP/JW)

Mali: Ermittlungen nach Militäreinsatz

Bamako. Nach Berichten über Massenhinrichtungen von Zivilisten in Mali hat die Justiz des westafrikanischen Landes Ermittlungen eingeleitet. Das Verteidigungsministerium habe »vertiefte Untersuchungen« angeordnet, »um diese Anschuldigungen vollständig zu beleuchten«, erklärte am Mittwochabend die Staatsanwaltschaft beim Militärgericht in Mopti. Die Stadt liegt in der Nähe von Moura im Zentrum des Landes, wo sich die Taten ereignet haben sollen. Zuvor gab die Armee an, bei einem großangelegten Einsatz 203 Dschihadisten »neutralisiert« zu haben. (AFP/JW)

Berg-Karabach: Friedensvertrag geplant

Jerewan. Armenien und Aserbaidschan bereiten nach Angaben aus Jerewan Friedensgespräche im anhaltenden Konflikt um die auch Arzach genannte Region Berg-Karabach vor. Darauf hätten sich Armeniens Regierungschef Nikol Paschinjan und Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew bei Gesprächen unter Vermittlung der EU in Brüssel am Mittwoch verständigt, erklärte das armenische Außenministerium am Donnerstag. Demnach wurden die Außenminister der beiden Länder mit der Vorbereitung betraut. (AFP/JW)

Tschechien: Armee will Flughafen zurückkaufen

Prag. Die tschechische Armee will den früheren Militärflughafen Hradecany in Nordböhmen wieder in ihren Besitz bringen und nutzen. Die Verhandlungen darüber stünden am Anfang, sagte der Vizeverteidigungsminister des NATO-Mitgliedstaats, Frantisek Sulc, am Donnerstag der Zeitung *Pravo*. Grund für die Pläne sei die »veränderte Bedrohungslage in Europa«. Derzeit gehört der Exflughafen der Verwaltungsregion Liberec. Das Gelände liegt rund 30 Kilometer südlich der sächsischen Grenzstadt Zittau. Auf dem Areal befindet sich eine 2.500 Meter lange Start- und Landebahn. Verteidigungsexperten warnten, dass nach jahrzehntelangem Zerfall mit enormen Kosten gerechnet werden müsse. (dpa/JW)

■ Jemens »Präsident« Hadi tritt ab

Machtlos

Von Wiebke Diehl

Der Abtritt von Abed Rabbo Mansur Hadi ist zweifellos ein Paukenschlag, mit dem kaum jemand gerechnet hat. Denn der »Präsident«, der 2012 für eine begrenzte Amtszeit von zwei Jahren gewählt wurde, die Macht dann aber nicht abgab, befindet sich zwar schon seit 2014 im saudi-arabischen Exil. An eine Aufgabe seines Postens schien er in den vergangenen Jahren allerdings nicht im Traum zu denken.

Das lag nicht zuletzt daran, dass Hadi nie mehr als eine Marionette des saudischen Königshauses war, das seine Vormachtstellung im Nachbarland zurückzuerlangen und den geostrategisch bedeutenden Jemen im eigenen, aber auch im Interesse der westlichen Partner Riads unter Kontrolle bringen wollte. Dafür brauchte es einen Präsidenten auf dem Papier, der die Kriegskoalition um Beistand bat, die dann wiederum Schulen, Krankenhäuser und Wohnhäuser mit im Westen gekauften Waffen in Schutz und Asche legte.

Aber Riad und mit ihm seine westlichen Partner haben den Krieg verloren. Die Militärkoalition und mit ihr verbündete Milizen und Terrorbanden am Boden sind offenbar nicht in der Lage, Marib, die Hauptstadt der gleichnamigen öl- und gasreichen Provinz und letzte verbliebene Hochburg der »Regierung« im Norden des Landes, langfristig zu halten. Das hat das ganze Ausmaß ihres Versagens genauso deutlich gemacht wie die immer intensiver werdenden Drohnen- und Raketenangriffe der Ansarollah auf saudisches und emiratensisches

Staatsgebiet. Es wäre für die »Huthis« nach Einnahme Maribs ein leichtes, von dort ausgehend weitere Eroberungszüge bis in die »Regierungshauptstadt« Aden zu unternehmen. Es zeigt aber auch, dass diejenigen, die den Jemen 2015 in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg überfallen haben, selbst höchst verwundbar geworden sind – jederzeit und überall.

Riad will, nein, Riad muss raus aus dem Jemen und sucht seit Jahren nach einem gesichtswahrenden Ausweg. Zu diesem Zweck hat die Kriegskoalition mehrfach einseitige Waffenruhen verkündet – diese allerdings zumeist bereits am ersten Tag selbst gebrochen. Auch die derzeit in Saudi-Arabien unter der Ägide des Golfkooperationsrats stattfindenden Gespräche dienen diesem Zweck.

Zuviel Optimismus ist jedoch fehl am Platz. Denn welche »Machtbefugnisse« genau der völlig machtlose Hadi an den Präsidentschaftsrat abgeben sollte, steht in den Sternen. Und es ist noch lange nicht ausgemacht, dass der von Riad willkommen geheierte neue Präsidentschaftsrat keine neue Marionette des saudischen Königshauses wird, dessen Ziele im Jemen sich nicht geändert haben, auch wenn sie nicht umsetzbar waren. Es muss deshalb davon ausgegangen werden, dass der wahre Machthaber Saudi-Arabien, Kronprinz Muhammad bin Salman, selbst wenn der Krieg offiziell beendet würde, weiter zündeln und über Stellvertreter den Konflikt am Leben halten wird. Den fruchtbaren Boden dafür haben sieben Jahre Krieg nachhaltig geschaffen.

■ Renditegarant des Tages

Frank Appel



IMAGO IMAGES/STEVEN SHIRON

Am Donnerstag sollte nach jW-Redaktionsschluss der Chef der Deutsche Post DHL Group, Frank Appel, auf der Hauptversammlung der Deutsche Telekom AG in den Aufsichtsrat des 1995 privatisierten, früheren Staatskonzerns gewählt werden. Nächstes Jahr will er an die Spitze des Gremiums aufrücken und bei der Post kürzer treten. Ob er in den kommenden Monaten genügend Zeit habe, beiden Jobs gleichzeitig gerecht zu werden, wurde im Vorfeld von einigen Anteilseignern latent kritisch gefragt. Doch Appel wird zu überzeugen wissen. Schließlich habe er in der Vergangenheit schon mehrfach solche Doppelbelastungen bewältigt.

Vor allem aber hat Appel bei der Post unter Beweis gestellt, dass er es versteht, frühere Staatskonzerne

ganz in den Dienst der Aktionäre zu stellen: Durch Personalabbau, üppige Portoerhöhungen, Leistungskürzungen und Filialschließungen wurden Aktienkursentwicklungen und Dividendenverkündungen während seiner Ära für die Post-Anteilseigner zum Fest. Von Appels leidenschaftlichem Engagement für die Wertpapierhalter wollen auch die T-Aktionäre gerne profitieren. Nicht, dass sich Investitionen in die Papiere des Unternehmens in den letzten Jahren nicht rentiert hätten. Ein Vergleich mit der Post zeigt aber: Da gibt es noch viel Luft nach oben.

Entsprechend warb auch der scheidende Aufsichtsratschef Ulrich Lehner am Donnerstag für die Berufung Appels. Dieser sei »eine außerordentlich qualifizierte Besetzung«, Kandidaten »dieses Kalibers« seien rar. Und im deutschen Corporate-Governance-Kodex des Konzerns werde eine solche Doppelfunktion zwar kritisch gesehen, in Ausnahmefällen sei das aber schon möglich. Die Aktionäre machen sich nun berechnete Hoffnungen auf eine noch konsequentere Ausrichtung der Geschäftspolitik auf ihre Interessen. Beschäftigte und Kunden fragt er keiner.

Sebastian Edinger

»Bei Völkerrechtsbruch misst die EU mit zweierlei Maß«

West-Sahara: Trotz Krieg geht der Raub der Ressourcen unvermindert weiter. Ein Gespräch mit Tim Sauer

Ihr neuer Bericht »P for Plunder« über Phosphatexporte aus der West-Sahara ist am Mittwoch erschienen. Warum sprechen Sie in diesem Zusammenhang von »Plünderung«?

Eigentlich vermeiden wir das Wort, aber es beschreibt die Situation ganz gut. Die Ressourcen der West-Sahara, in diesem Fall das für Düngemittel weltweit unverzichtbare Phosphatgestein, werden unter der nun 46-jährigen militärischen Besetzung durch Marokko schlichtweg geraubt und dann weltweit exportiert. Ohne die Zustimmung der Sahrauis ist die Ausbeutung völkerrechtswidrig.

Seit Ende 2020 herrscht in der West-Sahara wieder Krieg zwischen der Befreiungsfront Polisario und Marokko. Dennoch hat der illegale Handel mit Phosphat im vergangenen Jahr sogar zugenommen?

Relativ ungestört vom Krieg hat sich 2021 das Exportvolumen auf circa 1,4 Millionen Tonnen erhöht. Marokko hat bereits in den 1980er Jahren mit dem Bau einer mehr als 2.500 Kilometer langen, verminten Mauer dafür gesorgt, dass die Kampfhandlungen weit entfernt stattfinden. Zudem ist die Wahrnehmung des Krieges relativ gering, zumindest scheint er internationale Unternehmen und Investoren nicht wirklich abzuschrecken.

Haben solche Unternehmen keine Konsequenzen zu befürchten?

Sagen wir es mal so: Anscheinend überwiegen die Profitaussichten zur Zeit die Risiken. Das heißt aber nicht, dass es diese Risiken nicht gibt. 2018 wurden in Südafrika und Panama mit Phosphat aus der West-Sahara beladene Schiffe von Gerichten festgesetzt, die



Tim Sauer ist Mitglied des internationalen Netzwerks Western Sahara Resource Watch (WSRW)

Ladung wurde konfisziert. Firmen wie das bis dahin größte Importunternehmen Nutrien aus Kanada zogen sich nach Druck von Investoren zurück, und auch die deutsche Continental AG stieg 2021 aus Geschäften in der West-Sahara aus. Nach dem wegweisenden Urteil des Europäischen Gerichts im letzten Jahr, das die Fischerei- und Handelsverträge zwischen Marokko und der EU kippte, weil sie die West-Sahara einbeziehen, sind auch hier direkte Schadensersatzklagen der Frente Polisario denkbar.

Sind auch deutsche Firmen an diesen Geschäften beteiligt?

Durchaus, direkt und indirekt. Die Reederei Hamburger Lloyd verschifft Mitte letzten Jahres circa 55.000 Tonnen Phosphat an ein in Indien ansässiges, eng mit Marokkos Staatsunternehmen verknüpftes Unternehmen. Geschätzter Warenwert: 12,5 Millionen Euro – die den Sahrauis mit Hilfe aus Hamburg geklaut wurden. Auch liefert einer der vielen Windparks, die von Siemens in der West-Sahara aufgestellt wurden, die Energie für das

100 Kilometer lange Phosphatförderband zwischen der Mine Bou Craa und dem Hafen in El Aaiún bzw. Laâyoune und unterstützt damit die völkerrechtswidrige Ausbeutung. Die deutsche Firma IFM Electronics ist wohl ebenfalls am Unterhalt des Förderbands beteiligt.

Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Politik der EU-Staaten gegenüber Marokko, und was wäre zu tun?

Im Kontext des Ukraine-Konflikts führt die EU vor, wie sie bei Völkerrechtsbruch mit zweierlei Maß misst. Marokko macht im Grunde nichts anderes als Russland, und das seit nun 46 Jahren. Trotzdem wird der König Marokkos von der EU hofiert, eindrücklich demonstriert durch die jüngste Kehrtwende der Regierungen in Deutschland und Spanien in ihrer Position zum Konflikt. Statt sich vor allem in bezug auf Migration von Marokko an der Nase herumführen zu lassen, sollte die EU die West-Sahara in allen Aspekten als eigenständiges Territorium betrachten. Dazu zählen auch zollrechtliche Aspekte und ein korrektes Herkunftslabeling.

Dem genannten Urteil des Europäischen Gerichts muss Rechnung getragen werden. Konkret heißt das: keine wirtschaftlichen Aktivitäten in der West-Sahara ohne die Zustimmung der Frente Polisario. Europäische Unternehmen dürfen nicht weiter dabei mithelfen, dass Marokko von der Besetzung profitiert, in deren Rahmen jeden Tag Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Politisch sollte sich die EU endlich aktiv für eine Lösung des Konflikts einsetzen, die das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis respektiert. **Interview: Jörg Tiedjen**

■ Abgeschrieben

In einer gemeinsamen Pressemitteilung von Pro Asyl und Flüchtlingsrat Berlin anlässlich des »Internationalen Tags der Rom*nja« heißt es:

Zum Internationalen Tag der Rom*nja am 8. April fordern der Flüchtlingsrat Berlin und Pro Asyl Schutz für geflüchtete Rom*nja gleich welcher Herkunft, ihre Gleichbehandlung mit anderen Geflüchteten und die Anerkennung ihrer Fluchtgründe. Das gilt aktuell besonders für die Rom*nja, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, aber auch für geflüchtete Rom*nja aus Moldau und dem Westbalkan.

Während des Naziregimes wurden Rom*nja europaweit verfolgt. Heute sind Rom*nja die am stärksten diskriminierte Minderheit in Europa. Weil sie häufig aus den Gesellschaften, in denen sie leben, ausgeschlossen werden, in existenzbedrohender Armut leben müssen und keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben, sehen sich viele gezwungen, ihre Herkunftsländer zu verlassen, um Schutz in Deutschland zu suchen. Das gilt u. a. für die Republik Moldau und die Westbalkanstaaten. Rom*nja aus diesen Ländern werden aber schon seit Jahren häufig ohne Rücksicht auf ihre besondere Schutzbedürftigkeit in Asylschnellverfahren

abgelehnt und abgeschoben. Zudem macht der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine viele ukrainische Rom*nja zu Flüchtlingen. Doch statt warmerherziger Aufnahme gibt es aktuell Berichte von Problemen beim Grenzübergang und Diskriminierung bei der Aufnahme.

Der Bundes-Roma-Verband berichtet in einer Stellungnahme von rassistischer Diskriminierung gegen Rom*nja, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, und weist auf eine besondere Problematik hin: Von den schätzungsweise 400.000 in der Ukraine lebenden Rom*nja haben nach Auskunft des Verbands circa 20 Prozent keine Personaldokumente. Deshalb haben sie nun Schwierigkeiten, in die EU einzureisen. Ohne Ausweisdokumente könnte es für sie auch schwierig werden, den ihnen eigentlich zustehenden Schutz als Kriegsflüchtlinge in Deutschland oder anderen EU-Ländern zu bekommen.

Dass viele Rom*nja aus der Ukraine – übrigens genau wie aus Moldau und zum Teil den Westbalkanstaaten – keine Dokumente haben, ist Ausdruck ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung und besonderen Vulnerabilität. Es muss unbedingt gewährleistet werden, dass ukrainische Rom*nja sicher

in die EU einreisen können und hier genauso wie ukrainische Staatsangehörige Schutz erhalten, fordern Pro Asyl und der Berliner Flüchtlingsrat. Das muss unabhängig davon passieren, ob sie ihre Herkunft durch Vorlage von Personenstandsunterlagen oder Personaldokumenten nachweisen können oder nicht. Dafür müssen geeignete Möglichkeiten der Glaubhaftmachung geschaffen werden. (...)

Pro Asyl und Flüchtlingsrat fordern eine sorgfältige Einzelfallprüfung der Asylanträge von Rom*nja aus Moldau ebenso wie aus den Westbalkanstaaten, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Anhäufung verschiedener Diskriminierungstatbestände und auf Abschiebungshindernisse wegen existentieller Gefahren. Die besondere Schutzbedürftigkeit von Rom*nja und die Verantwortung insbesondere Deutschlands, auch aus historischen Gründen, muss endlich anerkannt werden. Der Berliner Senat ist gefordert, spezialisierte Beratungsangebote für die Zielgruppe zu stärken und auszubauen, jeglicher Diskriminierung entgegenzuwirken und landesrechtliche Spielräume zu nutzen, um den Menschen ein Aufenthaltsrecht zu ermöglichen.

Hungerkrise systemgemacht

Agrarpolitik: EU-Minister wollen wegen Ukraine-Krieg Ökoflächen für Anbau nutzen – BUND sieht darin Vorwand. **Von Oliver Rast**

Der Druck ist enorm, die Situation akut: Nahrungsmittel sichern, Ernährungssysteme umbauen, Hungersnöte eindämmen. Der Ukraine-Krieg beschleunigt nach Angaben des Direktors des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WEP) in Deutschland, Martin Frick, die Massenverelendung dramatisch. »Je nach Dauer des Krieges könnten zwischen 33 und 47 Millionen Menschen zusätzlich in Hunger und Armut abrutschen«, sagte er am Donnerstag gegenüber *dpa*. Bereits vor Beginn des Krieges waren rund 280 Millionen Personen unmittelbar vom Hungertod bedroht. Ein Rekordniveau.

Am Donnerstag kamen die EU-Agrarminister in Luxemburg zusammen, berieten. Dabei griffen sie einen Vorschlag der EU-Kommission auf, Flächen, die für Umweltmaßnahmen vorgesehen sind, für den Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln zu nutzen, um, wie es heißt, Lieferausfälle auszugleichen. Eine Position, die der agrar- und ernährungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann, unterstützt: »Die landwirtschaftliche Erzeugung darf nicht einseitig weiter extensiviert werden, sondern muss nachhaltig erhöht werden«, meinte er gleichentags in einer Mitteilung. Im Klartext: mehr Düngemittel, mehr Pestizide für mehr Ertrag. Nur, solche »ökologischen Vorrangflächen« seien »zumeist die unproduktivsten«, sagte der Agrarökonom Sebastian Lakner von der Uni Rostock zu *dpa*. Der Extraertrag dürfte gering ausfallen. Vielmehr als Symbolpolitik sei das nicht.

Christian Rehmer ärgert vor allem folgendes: Unter dem Vorwand der Ernährungssicherheit angesichts des Krie-



Oft zu wenig für alle: der Kampf ums tägliche Überleben (Gaza Stadt, 6. April 2022)

ges riefen einzelne Interessenverbände und Politiker dazu auf, »geplante soziale und ökologische Verbesserungen in der europäischen und deutschen Agrarpolitik aufzuschieben oder sogar zu streichen«. Das sagte der Leiter Agrarpolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) am Donnerstag im *jW*-Gespräch. Diese Appelle seien verantwortungslos. Denn: »Es geht nicht um Kleinigkeiten oder gar Luxus, sondern den Schutz von Böden, Gewässern, Biodiversität oder Klima.« Ziel bleibe eine Kreislaufwirtschaft. Dies sichere künftige agrarische Produktions-

grundlagen für die Bevölkerungsversorgung, erklärte Rehmer.

Einen etwas anderen Ton schlägt Maike Schulz-Broers an. Die Landwirtschaft in der EU solle das leisten dürfen, was notwendig sei, um die weltweite Hungerkrise zu bekämpfen, sagte die Vorsitzende der Landwirteorganisation »Land schafft Verbindung« am Donnerstag auf *jW*-Nachfrage. Dazu gehöre auch, ausreichend Düngemittel bereitzustellen. Und: »Umwelt- und Klimaschutz geht mit der Bearbeitung von Flächen einher.«

Gedanken hat sich ferner eine Gruppe von Forschern gemacht. In einem am

1. April verbreiteten offenen Brief an die Bundesregierung steht: Die kurzfristige Freigabe von Brachflächen reiche nicht. Vielmehr brauche es »die rasche Reduktion des Fleischkonsums, der Lebensmittelabfälle sowie des Anbaus von Energiepflanzen für die Bioethanolherstellung«, betonte einer der Autoren, Lukas Fesenfeld von der ETH Zürich.

Den Kern trifft Frick vom UN-Welternährungsprogramm. Global betrachtet gebe es keine Nahrungsmittelknappheit, sagte er. Aber: Horrende Weltmarktpreise und ungerechte Verteilung verursachen regional Hungerkatastrophen.

Dreierbündnis am Mittelmeer

Israel, Griechenland und Zypern kooperieren bei Pipelineprojekt und Stromkabelverlegung

Griechenland, Israel und Zypern wollen »ihre Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft ausweiten«. Das bekundeten ihre Außenminister am Dienstag bei einem Treffen in Athen. Einige Medien vermuteten, dass dabei auch über das gemeinsame Projekt einer unterseeischen Pipeline – der längsten der Welt – zwischen den israelischen Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer und Süditalien gesprochen worden sei. Die drei Staaten hatten den Bau einer solchen Leitung unter dem Namen »East-Med Pipeline« zwar im Januar 2020 grundsätzlich vereinbart, sind mit dem Vorhaben aber seither keinen Schritt vorangekommen. Das liegt nicht zuletzt am Ausbleiben internationaler Investoren. Zusätzlich entmutigend wirkte eine Stellungnahme des US-Außenministeriums, die am 10. Januar veröffentlicht worden war und als Absage an eine Unterstützung des Projekts zu verstehen ist.

Das Außenministertreffen in Athen hat offenbar an der Lage nichts geändert. Es war, ebenso wie die regelmäßigen Begegnungen der drei Regierungschefs, routinemäßig einberufen worden. Allgemein formulierte Bekenntnisse, dass man an der Mittelmeerpipeline festhalten wolle, gehören bei diesen Gelegenheiten zu den Pflichtübungen.

Im Mittelpunkt der konkreten Interessen steht statt dessen die Verlegung eines Starkstromkabels auf dem Meeresboden zwischen Israel, Zypern und weiter über Kreta nach Griechenland. Das Projekt läuft unter dem Namen »Euro-Asia Interconnector«. Die auch finanziell aufwendigen Machbarkeitsstudien sowie die Genehmigungsverfahren sind abgeschlossen. Als Ziel für die Fertigstellung gilt spätestens 2026. Ein großer Fortschritt zur Realisierung des Vorhabens war Ende Januar die Entscheidung der EU, sich mit zunächst 657 Millionen Euro an dem auf mehrere Milliarden veranschlagten Projekt zu beteiligen. Der größere Teil der Finanzierung muss aber von den drei direkt beteiligten Staaten und anderen Investoren getragen werden.

Als Vorteile des »Euro-Asia Interconnector«-Vorhabens werden genannt: Es verbinde erstmals die Stromnetze Europas mit denen Asiens und beende die schwierige Situation der Inseln Zypern und Kreta bei der Energieversorgung. Die Stromgewinnung könne künftig auf der Grundlage von »sauberen Energieträgern« statt des Erdgases erfolgen. Ein paralleles Vorhaben ist die Verbindung »Euro-Africa Interconnector« zwischen Ägypten, Zypern und Griechenland. Beide Kabel sollen

eine Transportkapazität von jeweils 2.000 Megawatt haben.

Israel, Griechenland und Zypern arbeiten schon seit mehr als 20 Jahren auf vielen Gebieten eng zusammen. Dazu gehören auch gemeinsame Manöver auf See und in der Luft. An der letzten Luftwaffenübung in Griechenland im April vorigen Jahres nahmen insgesamt sieben Staaten teil, darunter auch die USA und Frankreich. Gleichzeitig wurde die Unterzeichnung des bis dahin finanziell umfangreichsten »Verteidigungsabkommens« zwischen Israel und Griechenland bekanntgegeben. Schwerpunkt ist ein Kontrakt über Bau und Betrieb eines Trainingszentrums für die griechische Luftwaffe im Wert von rund 1,5 Milliarden Euro durch das israelische Unternehmen Elbit Systems.

Die Dreierallianz strebt die Einbeziehung weiterer Staaten, besonders aus dem arabischen Raum, an. Ein Schritt dazu ist die Institutionalisierung der »Paphos meetings« – benannt nach einer Stadt auf Zypern – deren erstes im April 2021 stattfand. Vierter Teilnehmer waren die Vereinigten Arabischen Emirate, mit denen Israel im August 2020 ein »Normalisierungsabkommen« geschlossen hat und zunehmend enger zusammenarbeitet. Außerdem wird die Bedeutung der »3 + 1 Cooperation«,

das heißt die ständige Einbeziehung der USA in das Dreierbündnis, hervorgehoben. **Knut Mellenthin**

Kanada: Regierung genehmigt Ölprojekt

Ottawa. Die kanadische Regierung hat das sogenannte North Bay Exploitation Project, ein Ölförderungsprojekt des norwegischen Ölkonzerns Equinor im Atlantischen Ozean, genehmigt. Das teilte der kanadische Umweltminister Steven Guilbeault am Mittwoch mit. Mit dem Vorhaben soll vor der Küste Neufundlands in einer Tiefe von über einem Kilometer ein Ölfeld erschlossen und in den nächsten 30 Jahren die Förderung von etwa 300 Millionen Barrel Öl ermöglicht werden. Klimaschutzorganisationen kritisierten die Entscheidung der kanadischen Regierung. Greenpeace und Environmental Defence etwa bezeichneten das fünfte Ölförderprojekt dieser Art in Kanada angesichts der drohenden Klimakatastrophe als Fehler. (AFP/W)

GB: Regierung setzt auf Atomkraft

London. Die britische Regierung will künftig den Ausbau von Atomreaktoren und Off-shore-Windenergienutzung vorantreiben, wie aus einem am Donnerstag veröffentlichten Strategiepapier hervorgeht. Bis zum Jahr 2030 sollen demnach acht neue Atomreaktoren genehmigt werden, darunter auch mehrere »Minireaktoren«, die bis Mitte des Jahrhunderts mit einer Kapazität von 24 Gigawatt ein Viertel des britischen Strombedarfs decken sollen. Bis 2030 sollen laut Plan bis zu 50 Gigawatt pro Jahr aus Off-shore-Windkraftanlagen kommen. Die Regierung kündigte außerdem an, Anträge für neue Projekte zur Öl- und Gasförderung in der Nordsee prüfen zu wollen. (dpa/jW)

iW Dossier

Pakt der Konzerne

Geheimsache Freihandelszone

jungewelt.de/freihandel

Im Verlag 8. Mai erscheinen linke Medien (Tageszeitung *junge Welt*, Kulturzeitschrift *Melodie & Rhythmus*, Rosa-Luxemburg-Konferenz, *Granma Internacional* u. a.), die von einer engagierten Leserschaft begleitet werden. Die Kontaktpflege zu den Leserinnen und Lesern, die Vernetzung mit anderen linken Organisationen und Medien im In- und Ausland sowie die Öffentlichkeitsarbeit des Verlages sind Aufgaben des Bereichs Kommunikation & Aktion. Dafür suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen engagierten und vielseitigen

Mitarbeiter (w/m/d) in Vollzeit.

Aufgaben (u. a.):

- Erstellung von Pressemitteilungen, Pflege von Kontakten zu Medien und Organisationen
- Kommunikation und Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen, Medien und Unterstützern (auch international)
- Kommunikation mit unterstützenden Leserinnen und Lesern
- kreative Mitarbeit bei der Produktentwicklung

Erforderlich sind:

- Stärken in Organisation und Kommunikation
- sicherer Umgang mit Office-Anwendungen und sozialen Medien
- gute bis sehr gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Belastbarkeit, Zuverlässigkeit, Kreativität, Neugierde, Zielstrebigkeit

Gewünscht sind:

- gute Beherrschung mindestens einer Fremdsprache in Wort und Schrift
- Erfahrungen im journalistischen Bereich, in der Presse- oder Marketingarbeit

Bitte schicken Sie vollständige Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse etc.) an:

bj@jungewelt.de oder
Verlag 8. Mai GmbH, Bewerbung Kommunikation & Aktion, z. Hd. Brigitte Jelkmann
Torstr. 6, 10119 Berlin

Beachten Sie auch weitere Stellenausschreibungen auf der entsprechenden Übersichtsseite jungewelt.de/jobs.

verlag 8.mai

verlag 8.mai

Melodie & Rhythmus

»Reines Gold!«

Mit Richard Wagner und Karl Marx widmet sich das Deutsche Historische Museum (DHM) zwei Persönlichkeiten der deutschen Geschichte, die sehr unterschiedlich wahrgenommen werden. Die Doppelausstellung, die von Freitag an zu sehen ist, zeigt aber: Es gibt durchaus – wenn auch in anderer Ausprägung – thematische Gemeinsamkeiten. Während Karl Marx (1818–1883) zumindest in seiner Wirkungsgeschichte kaum noch vom Begriff Kapitalismus zu trennen ist, ließe sich nach der Einschätzung von DHM-Stiftungspräsident Raphael Gross Richard Wagners (1813–1883) Beziehung zu Geld, Gold, Reichtum und Produktion auch als Auseinandersetzung mit Kapitalismus beschreiben. Nach dem bereits seit Februar geöffneten Teil »Karl Marx und der Kapitalismus«, der noch bis zum 21. August läuft, ist nun von Freitag an bis zum 11. September auch »Richard Wagner und das deutsche Gefühl« zu sehen. Die Wagner-Ausstellung zeigt rund 500 Gemälde, Grafiken und Fotografien ebenso wie Handschriften oder Bühnenbildmodelle. Thematisiert wird auch Wagners ausgeprägter Antisemitismus. Andere Bereiche zeigen den Komponisten als Zeugen der Umbrüche seiner Zeit und die Einflüsse auf sein Werk. So ist sein »Ring des Nibelungen« auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts und dem sich entwickelnden Kapitalismus. (dpa/iw)

Boris Brott tot

Der kanadische Dirigent Boris Brott ist im Alter von 78 Jahren bei einem Verkehrsunfall mit Fahrerflucht ums Leben gekommen. Brott sei in der Stadt Hamilton im Westen Kanadas angefahren worden und kurz darauf im Krankenhaus gestorben, berichteten kanadische Medien am Mittwoch. Der Fahrer sei mit seinem Auto weggefahren und habe sich dann noch eine Verfolgungsjagd mit der Polizei geliefert, bei der er und drei Polizeibeamte verletzt worden seien, bevor er verhaftet werden konnte. (dpa/iw)



Nicht wonnig ward sie gewonnen: Bau einer Burg, Illustration aus dem 15. Jahrhundert

Feudale Verhältnisse?

Gibt es einen Neofeudalismus? Was ist feudale Produktionsweise? Der Sammelband »Marx, feudal« des Mediävisten Ludolf Kuchenbuch gibt Antworten. Von Thomas Land

Ein Klassiker der marxistischen Diskussion ist die Frage nach dem Verhältnis von außerökonomischer, direkter Gewalt und dem »stummen Zwang ökonomischer Verhältnisse« (Marx) zur Aneignung von Mehrarbeit. Mit anderen Worten: Wieviel Feudalismus steckt im Kapitalismus? Erleben wir gegenwärtig eine Dekommodifizierung z. B. des Wohnungsmarktes, wenn Deutschlands größter Wohnungsvermieter Vonovia seine Marktmacht dazu einsetzt, den Mitbewerbern die Preise zu diktieren? Gibt es gar eine den Einzelkapitalen innewohnende Tendenz, sich der Konkurrenz wo immer möglich zu entziehen, wie sie in Monopol- und Kartellbildung, Preisabsprachen und anderen Varianten des »rent seeking« zum Ausdruck kommt? Und existieren mit der Dominanz großer Online- und Techkonzerne im Bereich der neuen Medien

nicht längst neofeudale Strukturen? Ein Umstand, der übrigens Jürgen Habermas jüngst dazu veranlasste, von einem erneuten, nunmehr digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit zu sprechen. Für eine Reifealisierung der Gesellschaft spricht auch, dass politische Ansprüche und materielle Forderungen zunehmend in Form einer Privilegienkritik formuliert werden. Auf Basis identitätspolitischer Konzepte erklärt man sich die eigene prekäre Situation als Folge der Privilegien anderer, die zunächst »reflektiert« und schließlich abgeschafft gehören. Kurzum, für das Fort- oder auch Wiederaufleben vormoderner Praktiken, Institutionen und Strukturen innerhalb der kapitalistischen Moderne geben zeitdiagnostische Befunde genügend Anschauungsmaterial – vom »Neokorporatismus« über die »Postdemokratie« bis hin zum »Klassismus« als einer quasi-ständischen Abschottung sozialer Milieus. Gemeinsam ist ihnen die Feststellung, dass die Verteilung von Reichtum, Teilhabe und Aufmerksamkeit nicht allein auf Grundlage der allgemeingültigen und unpersönlichen Regeln des freien Marktes erfolgt. Uneinig ist man sich allerdings darüber, welche Mechanismen an die Stelle einer »unpersönlichen Herrschaft« des Marktes und der bürgerlichen Rechte treten. Gängige Vorschläge wie etwa der Begriff des »Neofeudalismus« (Sighard Neckel), die das bürgerliche

Leistungsprinzip und die daraus abgeleitete Meritokratie als liberale Legitimationsideologie entlarven und soziale Position statt dessen qua Herkunft und Geburt erklären, erweisen sich bei näherer Betrachtung als erschreckend ahistorisch. Es werden Einzelbestimmungen oder Teilaspekte vergangener Gesellschaftsformationen herausgegriffen (etwa Leibeigenschaft, Sklaverei oder Knechtschaft), um sie anschließend in gänzlich anderen sozialen Ordnungen »wiederzufinden«. Ausgeblendet wird dabei, dass etwa feudale Abhängigkeiten in einem ganz spezifischen sozioökonomischen, politischen, religiösen usw. Kontext standen, ohne den sie gleichsam »in der Luft hängen«. Strenggenommen ließe sich noch nicht einmal von einer »feudalen Produktionsweise« des Mittelalters sprechen, existierte doch in der Vormoderne noch keine Ausdifferenzierung der Gesellschaft in einzelne Funktionssysteme wie Wirtschaft, Politik oder Religion. Auch die Rede von »der Gesellschaft« des Mittelalters erweist sich bei näherer Betrachtung als eine Rückprojektion moderner Kategorien auf Vergangenes. Das Mittelalter kannte anstelle der einen, alle Menschen umfassenden (Welt-)Gesellschaft lediglich eine Vielzahl von Gesellschaften, ganz so, wie es anstelle der einen (Menschheits-)Geschichte nur eine Vielzahl

von Geschichten (beispielsweise dieser oder jener Herrschergeschlechter) kannte.

Kuchenbuch verfolgt dementsprechend das Projekt einer »Entbürgerlichung« bzw. »Entmodernisierung« des Feudalismus. Damit steht er ganz in der Tradition von Marx, der den Ökonomen seiner Zeit vorwarf, die historisch einmaligen Prinzipien der kapitalistischen Produktionsweise »veruniversalisiert« zu haben. Im Umkehrschluss folgt daraus allerdings auch die Forderung nach einer »Entfeudalisierung« der Moderne: Aktuelle Phänomene wie etwa Seilschaften/Netzwerke, Vetternwirtschaft oder Klientelismus stellen noch lange keine (neo-)feudalen Abhängigkeitsbeziehungen dar, nur weil sie nicht markt- oder warenförmig verfasst/strukturiert/organisiert sind.

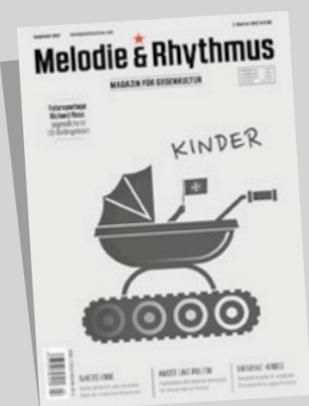
Vor derartigen Anachronismen – in die eine wie die andere Richtung – schützt die Lektüre von Kuchenbuchs Buch. Es zeigt das »lange Mittelalter« (500–1800 u. Z.) in seiner ganzen Fremdheit entlang von 14 Aufsätzen, die – wie Kuchenbuch zugibt – »auf den ersten Blick kaum verständlich« sind. Daher werden die einzelnen Texte durch kurze Vorbemerkungen eingeleitet, die die akademischen Entstehungszusammenhänge darlegen sowie rückblickend Schwächen und Stärken benennen. Vor allem aber zeigt der Längsschnitt durch fast 40 Jahre Forschung die theoretisch-methodische Weiterentwicklung Kuchenbuchs und steht damit exemplarisch für die Veränderungen marxistischer Geschichtswissenschaft insgesamt. So startete Kuchenbuch 1977 seine Suche nach einer »feudalen Produktionsweise«. Aus der ökonomischen Basis sollte – ähnlich wie in der berühmten »Staatsableitungsdebatte« der 70er Jahre – der kulturelle, rechtliche, politische usw. Überbau abgeleitet werden.

Seit den 80er Jahren verabschiedete sich Kuchenbuch schrittweise vom »ökonomischen Determinismus« und kruden Basis-Überbau-Modellen. Die Abkehr von Marxschen Begriffsvorgaben und Epochenbezeichnungen war nicht zuletzt der Zunahme des empirischen Wissens geschuldet. Es stellte sich heraus, dass die (lokalen) Verhältnisse über 1.000 Jahre hinweg zu unterschiedlich waren, als dass sie auf den Begriff einer feudalen Produktionsweise gebracht werden könnten. Das Ende der Suche nach der einen, allumfassenden Produktionsweise des Mittelalters ermöglichte die Hinwendung zu kulturellen und religiösen Aspekten von Herrschaft. Das Ergebnis: Tatsächlich lassen sich alle sozialen Beziehungen des Mittelalters als »feudale Verhältnisse« beschreiben. Sie bilden – vergleichbar mit der Kategorie der abstrakten Arbeit bzw. des Werts in der Moderne – das »soziale Band« zwischen den Menschen und rechtfertigen die Epochenbezeichnung »Feudalismus« ganz ohne ökonomischen Reduktionismus.

■ Ludolf Kuchenbuch: Marx, feudal. Beiträge zur Gegenwart des Feudalismus in der Geschichtswissenschaft, 1975–2020, Dietz-Verlag, Berlin 2022, 439 Seiten, 29,90 Euro

Jetzt am Kiosk!

Melodie & Rhythmus 2/2022. Schwerpunkt: Kinder



Weggesperrt
Kinder und Jugendliche in US-Gefängnissen.
Fotoreportage von Richard Ross

WWW.MELODIEUNDRHYTHMUS.COM

■ Herkules zum Beispiel. Von Frank Schäfer

Helden sind mir nicht geheuer, ihre Anmaßung, aber auch Unbedingtheit. Hat schon mal jemand einen Heros gesehen, der über sich selbst lachen kann? Dafür bleibt doch gar keine Zeit bei all dem Stallausmistern und

Ungeheuerzertreten. Herkules zum Beispiel, immer Kinn hoch und drauf. Gnadenlos. Gnadenlos unironisch. Als einer seiner Eleven, von Kampfesfeier gepackt, voranprescht, wird der Alkide ganz wild, immerhin steht Ruhm auf dem Spiel. Nur weil der arme Mann

sich vor Mr. Universum in den Staub wirft, kommt er mit dem Leben davon. Andere haben nicht soviel Glück. Seine Kinder zum Beispiel. Er bringt sie um im Wahn, es sei die Brut seines Erzfeindes Eurystheus. Solche Feindschaften pflegen auch nur Helden.



Ansprache? Ärger? Beides?

NETFLIX

Vielleicht offenbart sich die Qualität einer TV-Serie auch darin, wie schwer es wäre, für sie einen würdigen Trailer zu schneiden. Bei der aktuellen Staffel der britischen Serie »Top Boy« müssten folgende Momente vorkommen: der hartgesottene Londoner Straßengangster Sully (gespielt vom Grime-Rapper Kano), der alleine in einem kleinen Hausboot an einem Kanal in London steht, tief durchatmet, sich mit den Händen übers Gesicht fährt – unter seiner Coolness brodeln so viele Traumata, dass man es fast hören kann. Dann käme eine Nahaufnahme der Hand von Shelley (gespielt von der großartigen Rapperin Little Simz), wie sie in einem ruhigen Moment zärtlich über den Kopf von Gangleader Dushane (Ashley Walters) streicht. Schließlich wäre da noch der Junge an einem Strand in Marokko, der feiert, lacht, während ihn ein tätowierter Mann zu einem Motorboot trägt.

Es wäre ein schlechter Trailer. Erstens, weil diese Szenen ihre Stärke vor allem aus dem Kontext ziehen, mit dem sie im Laufe der Handlung aufgeladen wurden, dazu aber später. Zweitens, aus Marketingsicht, weil sie die gängigen Verkaufsargumente nicht zeigen. Schließlich geht es in »Top Boy« verdammt noch mal um Drogen, Waffen, Gewalt, Verrat.

Die britische Serie ist gerade in die vierte beziehungsweise zweite Staffel gestartet. Was 2011 als Channel-4-Produktion zwei Staffeln lief und dann fallengelassen wurde, wurde 2019 mit der Unterstützung des kanadischen

Dickens in Hackney

Britischer Sozialrealismus: Die vierte Staffel der großartigen Gangster- und Milieustudie »Top Boy«. **Von Thomas Salter**

Popstars Drake wiederbelebt und auf Netflix gezeigt. Die Rahmenhandlung ist schnell erzählt. Die beiden Söhne jamaikanischer Einwanderer, Sully und Dushane, haben es in der Sozialbausiedlung Summerhouse im Londoner Stadtteil Hackney als Gangster nach ganz oben geschafft, sind Top Boys. Sie führen eine Gang aus jüngeren Mitstreitern, die eine komplexe Logistik am Laufen halten, um vor allem Junkies mit Koks und Heroin zu versorgen. Im Lauf der vier Staffeln führen die Kämpfe mit anderen Gangs oder untereinander immer wieder zu schrecklichen Gewalttaten, Familiendramen, und immer wieder landen Sully und Dushane ganz unten.

Das klingt fast schon lapidar, mindestens erwartbar, erinnert andererseits an grandiose Serien wie »The Wire« oder die »Sopranos«. Indessen ist hier die gute alte Schule des britischen Sozialrealismus am Werk. Mit der schlichten Intensität eines Ken Loach (»The Wind That Shakes The Barley«, 2006; »Sorry We Missed You«, 2019) oder Shane Meadows (»This Is England«, 2006) gelingt es dem Serienautor und Jeremy-Corbyn-Unterstützer Ronan Bennett, nicht vordergründig auf Überraschungen zu

setzen – und dennoch zu überraschen. Nicht Klischees panisch zu meiden, sondern sie von ihrer Klischeehaftigkeit zu befreien.

Die Serie blickt tief in die Lebensrealität armer karibischer Einwandererfamilien. Sie zeigt, wie eine bis heute von Margaret Thatchers neoliberalen Ideen geprägte »Sozialpolitik« eine Schattenwirtschaft bildet, die die kapitalistische Ausbeutungslogik ins soziale Gefüge der Familie trägt. Dickens in Hackney, quasi.

Würden in den vorherigen Staffeln Ausflüge in die triste britische Küstenstadt Ramsgate gemacht und dabei auch das Los illegaler muslimischer Einwanderer in England thematisiert, oder Dushane bei einem kurzen Aufenthalt in Jamaika begleitet, wird in Staffel vier nebenbei angeschaut, welche traurigen Schicksale auch im fernen Marokko mit dem Drogengeschäft verbunden sind, etwa das des oben genannten Jungen am Strand, der sehnlichst einen Weg zu seiner Schwester in Spanien sucht.

Die eingangs beschriebenen Szenen sind so überaus bewegend, weil hier unglaubliche Schauspieler am Werk sind. Bekannt geworden sind die Top Boys Kane »Kano« Robinson

und Ashley Walters (mit der So Solid Crew) als Musiker, aber Schauspieler ist definitiv ihr größeres Talent. Oder Rapperin Little Simz, bürgerlicher Name Simbiatu Ajikawo: Sie spielt eine junge alleinerziehende Mutter mit faszinierend ruhiger Intensität. Zeit, sehr gute Musik zu machen, hat sie offensichtlich auch noch genug, der wunderbare Tiny-Desk-Concerts-Auftritt auf Youtube ist ein schöner Einstieg für alle, die mit Little Simz' Musik nicht vertraut sind.

Zwei Hinweise für diejenigen, die »Top Boy« und die Welt von Summerhouse nicht kennen. Erstens: Es lohnt sich, die Serie auf Englisch zu schauen, am besten mit englischen Untertiteln. Das britisch-jamaikanisch-afrikanische Patois Londons ist eine Sprache für sich, »Wagwan« bedeutet »Was geht«, »blud« heißt »Kumpel«, »innit« meint »oder« etc. Zweitens: Die ersten zwei Staffeln wurden auf Netflix unter dem Namen »Top Boy: Summerhouse« eingestellt, wer am Anfang anfangen möchte, sollte daher nicht gleich auf »Top Boy« klicken.

■ »Top Boy« – Serienautor: Ronan Bennett, Großbritannien 2011–2022, vier Staffeln, bei Netflix

Ende Januar starb im Alter von 74 Jahren Michael Lee Aday, besser bekannt als Meat Loaf. Sein Album »Bat Out of Hell« (1977) demonstriert sehr schön, wieviel Theatralik, wieviel Musical Rockmusik aushalten kann, ohne sich komplette lächerlich zu machen. Zahlreiche Bands haben sich Pathos und Bombast der Songs von Meat Loaf geschnappt. Mal besser, mal schlechter. Gut bekommen hat es der Schwede Tobias Forge mit seinem Projekt Ghost. Eine Art Düsterpapst, der Mann, unterstützt von einer Gruppe namenloser Ghule.

Auf »Impera«, dem fünften Album, Herzen Ghost die richtig großen Gesten. Die ersten Platten »Opus Eponymus« (2010) und »Infestissimum« (2013) sind Psych-Rock mit metallischem Einschlag, Forge singt »Come together / Together as one / Come together / For Lucifers Son«.

Er kann Kreise

»Impera«, das fünfte Album der schwedischen Düsterrockband Ghost, ist draußen

Solche Sachen. Spätestens mit ihrem letzten Album »Prequelle« aus dem Jahr 2018 bog die satanische Prozession ab ins Stadion.

Auf »Impera« nimmt Chef Forge auf seinem Weg in die Arenen der Welt nicht länger die Landstraße, er bevorzugt die glattere Autobahn. Stücke wie

das instrumentale »Imperium« oder das supermelodiose »Kaisarion« sind reiner 80er Hard Rock, das gesungene »Ahh!« darf da nicht fehlen. Tut's auch nicht.

»Spillway« hat ein astreines Bon-Jovi-Keyboards-Intro (»Runaway«). Prompt reiht sich Hit an Hit. Wer eine Luftgitarre im Schrank hat, hat Glück. Für die harte Arbeit an den echten Saiten hat Bandleader Forge Fredrik Akesson von der schwedischen Progband Opeht herbeigepiffen. Eine Ausnahme, denn normalerweise sind Aufnahmen von Ghost-Platten eher One-Man-Shows. »Ich bin ein fähiger Schlagzeuger, ein Bassist, ein fähiger Gitarrist, aber kein Virtuose«, erzählte Forge in der Radiosendung »Full Metal Jackie«. »Er ist die Art von Person, die täglich fünf Stunden spielt. Fredrik ist so unglaublich talentiert. Er kann Kreise, um alles herumspielen, was

ich aufgenommen habe, und er kann es mit Flair machen.«

Und ja, die Gitarrenarbeit ist ziemlich exzellent. Das Songwriting von Forge aber auch: Sie sind sauhymnisch, die Songs, oberflächlich aber eben nicht, weil es genug Haken gibt und Abzweigungen in unvorgesehene Richtungen. Schön düster sind die Stücke außerdem. »All your faith / All your rage / All your pain / It ain't over now / And I ain't talking about forgiveness«, heißt es in »Spillways«. Würden Bon Jovi nie singen. Inspiriert wurden die Texte von Timothy Parsons Schmöker »The Rule of Empire«. Imperien also. Aufstieg und Fall. Nix hält ewig: »I'll be the shadow / You'll be the light / Nothing ever lasts forever / We will go softly into the night.« Poesie, irgendwie.

Rouven Ahl

■ Ghost: »Impera« (Spinefarm Records/UMG)

Auf Draht

Unter dem Titel »Moved by Schlemmer. 100 Jahre Triadisches Ballett« zeigt die Stuttgarter Staatsgalerie in den kommenden Monaten die ausladenden Kostüme des »Triadischen Balletts« Oskar Schlemmers. Die titelgebenden, aus den 1920er Jahren erhalten gebliebenen Originalfigurinen des Künstlers werden dabei von Installationen mehrerer zeitgenössischer Künstlerinnen begleitet, die sich von Schlemmers wegweisender Gestaltung inspirieren ließen. Das seinerzeit nicht überaus erfolgreiche Ballett des gebürtigen Stuttgarters Schlemmer (1888–1943) mit seinen starren Kostümen aus ungewöhnlichen Materialien wie Stahlblech, Sperrholz oder Draht gilt als außerordentlich bedeutend für die Tanzkunst. Mit historischen Zeichnungen, Fotos und Artikeln wirft das Museum von diesem Sonntag an auch einen Blick auf die Rezeptionsgeschichte der Figurinen und auf den Einfluss des Balletts auf die heutige Musik und die Mode. (dpa/iW)

Für 25 Cent

Nach rasch ausgebuchten ersten Angeboten hat das Goethe-Institut neue Deutschkurse für Menschen aus der Ukraine eingerichtet. Erste Onlineangebote mit 1.700 Plätzen auf Niveau für Sprachneulinge waren im März innerhalb von zwei Tagen ausgebucht. Diese Kurse laufen derzeit. Von Mitte April an sollen erneut Sonderkurse mit etwa 1.000 Plätzen angeboten werden, wie das Goethe-Institut am Donnerstag mitteilte. Die Kurse werden zum symbolischen Preis von sieben ukrainischen Griwna angeboten, was etwa 25 Cent entspricht. (dpa/iW)

Alle dabei

Musikgrößen wie Billie Eilish, Madonna, Celine Dion, Katy Perry, Elton John, Stevie Wonder und Bruce Springsteen haben sich einer Hilfsaktion für die Ukraine angeschlossen. Im Rahmen der Social-Media-Kampagne »Stand Up for Ukraine« wollen Weltstars am Freitag zu Spenden und anderen Formen der Unterstützung für Betroffene innerhalb der Ukraine und für die Millionen Flüchtlinge aufrufen. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Global Citizen wollen auch Stars wie Herbert Grönemeyer, Miley Cyrus, Billy Joel, The Weeknd, Jon Batiste, U2 und die Red Hot Chili Peppers bei der Kampagne mitwirken. Global Citizen setzt dabei auf das weltweite Engagement von Bürgern, politischen Druck aufzubauen und humanitäre Hilfe zu fordern. Die Aktion findet am Vortag einer für Samstag geplanten Geberkonferenz in Warschau statt, die von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem kanadischen Premier Justin Trudeau einberufen worden war. (dpa/iW)

Kann es den USA gelingen, China von Russland zu trennen, um die Russische Föderation im Konflikt mit den USA um die Ukraine zur Kapitulation zu treiben? Diese Frage beschäftigt bürgerliche Beobachter von Washington bis Warschau. Von der Antwort hängt möglicherweise nicht nur die Lebensdauer des gegenwärtigen politischen Systems in der Ukraine ab, sondern auch die Existenz Russlands als unabhängiger Staat.

Um die Bedeutung Russlands für China und die Sicht der Volksrepublik China auf Russland zu verstehen, ist ein Rückblick auf die Zeit unmittelbar nach der Gründung der Volksrepublik China sinnvoll. Nach ihrer Gründung am 1. Oktober 1949 war die Volksrepublik von den USA und anderen westlichen Ländern geächtet. Anerkannt wurde sie nur von der Sowjetunion und den mit ihr befreundeten »volksdemokratischen« Staaten.

»Gegenseitige Achtung«

Bei einem Aufenthalt in Moskau sprach Mao Zedong als Vorsitzender der Regierung der Volksrepublik China am 22. Januar 1950 mit Josef Stalin über einen Freundschaftsvertrag. Mao betonte, der Vertrag müsse »Konsultationen über internationale Fragen« vorsehen. Das inzwischen nicht mehr geheime Gesprächsprotokoll zeigt einen selbstbewussten Mao, der sich nicht als Untergebener des Sowjetführers sah. Mao forderte Lieferungen von Weizen und Textilien und bat um günstigere Bedingungen für Kredite, als die UdSSR sie vorgeschlagen hatte.

Im November 1950 schlossen die Sowjetunion und die Volksrepublik China den Freundschaftsvertrag. Das Abkommen sah Beratungen beider Staaten über internationale Fragen vor und die »gegenseitige Achtung der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität«. Das bezog sich vor allem auf die Zugehörigkeit der Insel Taiwan zu China. Dort, hatten sich mit Hilfe der USA prowestliche chinesische Nationalisten festgesetzt. Die Eigenständigkeit der chinesischen Kommunisten auch gegenüber der sowjetischen Bruderpartei hatte Mao schon zwei Wochen vor der Staatsgründung in einem Artikel betont. Darin hatte er geschrieben, die Chinesen hätten »vom Marxismus-Leninismus die wissenschaftliche Weltanschauung und die Theorie der sozialen Revolution gelernt«, die sie »mit Chinas Besonderheiten verbanden«.

Daran knüpft der heutige Generalsekretär der KP Chinas Xi Jinping an, wenn er vom »Sozialismus chinesischer Prägung« spricht. Es war stets ein Grundprinzip der Politik der Kommunistischen Partei Chinas, sich niemals einer anderen Macht unterzuordnen. Dies galt auch für die Sowjetunion, deren Ansehen nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus in der internationalen Arbeiterbewegung höher war als je zuvor. Als Nikita Chruschtschow nach Stalins Tod die Führung der KPdSU übernommen hatte, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei. Die chinesischen Kommunisten bemängelten vor allem die oberflächliche Auseinandersetzung Chruschtschows mit Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Die KP Chinas kritisierte in einem gemeinsamen Aufsatz des Zentralorgans und des theoretischen Organs der Partei im September 1963, die KPdSU-Führer hätten »Stalins Leben und Werk nicht allseitig historisch und wissenschaftlich analysiert«.

»Großmachtchauvinismus«

Schwerwiegender war, dass Chruschtschow den Streit um ideologische Fragen auf die Zusammenarbeit beider Staaten ausweitete. Bereits im Juli 1960 hatte Chruschtschow mehr als 1.000 sowjetische Spezialisten aus China zurückgerufen. Sie waren in wichtigen Wirtschaftsbereichen bis hin zur Atomindustrie tätig gewesen. Nach dem Sturz Chruschtschows nannte das theoretische Organ der KP Chinas im November 1964 ihn »wortbrüchig« und bewertete sein Politik als »Großmachtchauvinismus«. Die chinesische Führung zog das Fazit, Chruschtschow habe versucht, die Sowjetunion »wieder in die alten Bahnen des Kapitalismus zu bringen«. Das war zwar übertrieben, was die Ära Chruschtschow anging. Aber die Chinesen hatten mehr als andere erfasst, wohin die sowjetische



Auf die Freundschaft. Xi Jinping und Wladimir Putin begießen den Abschluss eines Vertrags über Gaslieferungen, Shanghai, 21. Mai 2014

Auf Stalins und Maos Spuren

Die Freundschaft zwischen China und Russland zeigt den USA Grenzen auf. Die Rückendeckung durch die Volksrepublik ermöglicht Russland, der US-Politik langfristig Widerstand zu leisten. **Von Harald Projanski**

Bürokratie ihr Land letztlich führte. Nur rund zweieinhalb Jahrzehnte später geschah tatsächlich, wovor die chinesischen Kommunisten gewarnt hatten.

Die Beziehungen Chinas zur Sowjetunion verschlechterten sich nach 1964 weiter, auch unter dem Chruschtschow-Nachfolger Leonid Breschnew. Sowjetische Parteiideologen verdammt wortreich und wirkungslos den »Maoismus«, dem sie vorwarfen, er habe eine »militär-bürokratische Diktatur« errichtet. Vergeblich warnten Analytiker der KGB-Auslandsaufklärung die Parteiführung intern, eine Eskalation des Konfliktes mit der VR China bringe der Sowjetunion keinerlei Vorteile.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und der VR China gipfelten im März 1969 in einem bewaffneten Grenzkonflikt am Fluss Ussuri. Dabei kamen nach sowjetischen Angaben 58 sowjetische Grenzschilder um. In der Folge polemisierte die VR China mehr als ein Jahrzehnt gegen die

»neuen Zaren« und den »russischen Sozialimperialismus«. China näherte sich außenpolitisch den USA, auf antisowjetischer Basis. Der Tiefpunkt dieser Entwicklung war 1979 eine chinesische Militärintervention gegen das mit der Sowjetunion befreundete Vietnam. Zudem entschied sich China, ab 1980 die gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan kämpfenden Mudschaheddin zu unterstützen.

Die VR China vermeidet inzwischen jede Erwähnung dieses düsteren Kapitels. Der tiefere Sinn des Bruches der VR China mit der Sowjetunion lag aus heutiger chinesischer Sicht darin, die Nabelschnur zur Sowjetunion zu trennen und China einen eigenen, unabhängigen Entwicklungsweg zu ermöglichen. Dass es nach dem Ende der Sowjetunion zu einer Annäherung zwischen Chinesen und Russen kam, entsprach dem chinesischen Interesse einer balancierten Außenpolitik. China bemüht

sich, Konfrontation und Blockaden in den internationalen Beziehungen zu vermeiden. Eine wesentliche Rolle spielte aber auch der politische Ansatz des im Jahr 2000 gewählten russischen Präsidenten Wladimir Putin.

»Vertrauensvolle Partnerschaft«

Er wollte die internationale Aktionsfähigkeit Russlands nach den lähmenden neunziger Jahren wieder vergrößern. Dazu gehörte auch eine Verbesserung der Beziehungen mit der Volksrepublik China. Im Juli 2001 schlossen China und Russland ein Abkommen über »gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit«. Darin vereinbarten beide Länder eine »gleichberechtigte vertrauensvolle Partnerschaft und ein strategisches Zusammenwirken«. Russland und China bekannten sich zu einer »prinzipiellen Position in der Taiwan-Frage« und zu einer »militärischen und militärtechnischen Zusammenarbeit«. Beide Seiten bekannten sich auch dazu, Gespräche über den Verlauf der russisch-chinesischen Grenze an strittigen Abschnitten zu führen.

Dieses Thema war für die Chinesen von großer Bedeutung. Der Volksrepublik war es 1964 nicht gelungen, mit der Sowjetunion eine Regelung der Grenzfrage zu erreichen. Die Chinesen betrachteten die faktische Grenzziehung als eine Folge »ungleicher Verträge«, die das Zarenregime China 1858 und 1860 aufgezwungen hatte.

Russlands Präsident Wladimir Putin schloss im Oktober 2004 eine Vereinbarung zur Markierung der Grenze. Dabei kam Russland den Chinesen entgegen, indem es ihnen eine Fläche von 337 Quadratkilometern an der Grenze zusprach. Die Duma ratifizierte das Abkommen im Mai 2005. Dabei gab es Kritik an Putin, auch von russischen Kommunisten. Einer ihrer Duma-Abgeordneten monierte, durch die Regelung verlören russische Bürger ihre Datschen. Doch die weitere Entwicklung zeigte



ITAR-TASS/MAGDO

balld, dass bei den russisch-chinesischen Beziehungen mehr auf dem Spiel stand als das Schicksal von Kleingärtnern. Die Bedeutung der Grenzfrage für die Chinesen ließ sich nicht in Quadratkilometern messen. Moskaus Kompromissbereitschaft ermittelte, eine psychologische Barriere abzubauen. Das erleichterte die weitere freundschaftliche Annäherung.

»Reiche Ernte«

Mit dem Amtsantritt von Xi Jinping als Generalsekretär der KP Chinas 2012 begann ein neues Kapitel der Freundschaft beider Länder. Im selben Jahr wurde Putin nach einer vierjährigen Zwischenetappe als Premierminister wieder zum Präsidenten gewählt. Mit Xi kam jemand an die Spitze der chinesischen Kommunisten, dem nicht nur Russlands geopolitische Bedeutung bewusst ist, sondern der auch eine kulturelle Affinität zu den Russen mitbringt. Xi kennt Klassiker der russischen Literatur, von Nikolai Gogol über Iwan Turgenjew bis zu Fjodor Dostojewski und Anton Tschekow. Diese Literatur habe ihm viel gegeben und freundschaftliche Gefühle für das russische Volk in ihm geweckt, sagte Xi in Interviews.

Bei seinem ersten Staatsbesuch in Moskau im März 2013 hielt Xi an der russischen Diplomatenhochschule eine Vorlesung. Darin betonte er, das »strategische Zusammenwirken« Chinas und Russlands habe eine »langfristige Perspektive«. Unter dem Beifall von Dozenten und Studenten sagte Xi, es gelte, die russisch-chinesischen Beziehungen so zu entwickeln, »dass wir eine reiche Ernte einfahren«. Putin nannte den Staatsbesuch des chinesischen Parteichefs 2013 »historisch«.

Im folgenden Jahr erlebten die russisch-chinesischen Beziehungen »einen Härte-test«, so der Moskauer Sinologe und Xi-Biograph Juri Tawrowski. Als Russland nach dem Putsch in Kiew durch einen unblutigen Militäreinsatz der Bevölkerung

der Krim die Möglichkeit bot, mit einem Referendum Russland beizutreten, verhielt sich China neutral. In der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, bei der eine Mehrheit von 100 Staaten das Ergebnis der Volksabstimmung für ungültig erklärte, enthielt sich die Volksrepublik. China verurteilte Russland nicht. Mehr noch, die von der Kommunistischen Partei gelenkten chinesischen Medien gaben eindeutige Einschätzungen der Ereignisse. Die englischsprachige *Global Times*, herausgegeben von einer Verlagsholding des KP-Zentralorgans kommentierte im März 2014, der Westen habe »Russlands Willen unterschätzt, seine Kerninteressen in der Ukraine zu verteidigen«. Die Strategie der westlichen Staaten, eine »prowestliche ukrainische Regierung« zu unterstützen, so die chinesische Zeitung, führe »in ein Chaos, das zu beseitigen der Westen nicht die Fähigkeit oder nicht die Weisheit hat«. Das waren prophetische Worte. China, so fügte das KP-Blatt hinzu, werde »Russland nicht enttäuschen, wenn es sich in Schwierigkeiten befindet«. Die Volksrepublik werde »ein verlässlicher strategischer Partner« sein.

Dass es bei dieser Linie blieb, betonte Xi Jinping im Jahr darauf gleich doppelt. Am 6. Mai 2015 veröffentlichte er in der russischen Regierungszeitung *Rossiskaja Gaseta* einen Artikel zum 70. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus. Er erinnerte daran, dass »Russland der Hauptschauplatz des Zweiten Weltkrieges in Europa war«. Und er würdigte dabei auch die chinesischen Freiwilligen in der Roten Armee, darunter der älteste Sohn Mao Zedongs, Mao Anin, der in einer Panzereinheit gekämpft hatte. Auf chinesisch-dezente Weise erinnerte Xi seine Leser daran, dass die russisch-chinesische Freundschaft auf den historischen Spuren Stalins und Mao Zedongs sei. Und er zitierte den russischen Historiker Wassili Kljutschewski: Wer das geschichtliche Gedächtnis verlore, dessen Seele verlaufe sich in der Finsternis.

Ohne die Ukraine zu erwähnen, hatte der chinesische Partei- und Staatschef damit sehr deutlich gemacht, was er von der ukrainischen Geschichtspopaganda mit ihrer Rehabilitierung von Nazikollaborateuren hält: Gar nichts. Drei Tage nach der Veröffentlichung dieses Beitrages marschierten Einheiten der Chinesischen Volksbefreiungsarmee gemeinsam mit Soldaten der russischen Streitkräfte über den Roten Platz, zur Feier des Tages des Sieges. Wer damals auf dem Roten Platz war, konnte sehen, dass Putin und Xi gemeinsam aus einer Tür in der Kremllmauer traten. Es war ein symbolischer Moment, der einen Schulterchluss symbolisierte.

»Kraft Sibiriens«

Zu diesem Zeitpunkt tauschten das Sekretariat des ZK der KP Chinas und die russische Präsidentenadministration bereits regelmäßig interne Materialien aus, um gemeinsame politische Einschätzungen zu entwickeln. Daher hatte Xi allen Grund, auf einer Festveranstaltung im Juni 2016 in Moskau zum 15. Jahrestag des Freundschaftsvertrages das »hohe Maß an gegenseitigem politischen Vertrauen« zu betonen. Und der fügte hinzu, seit 2001 habe sich das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten mehr als verdreifacht.

Dennoch zeigten sich in den chinesisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen erhebliche Probleme. Der Sinologe Tawrowski schreibt in seiner Xi-Biographie von einer »Unfähigkeit der Beamten und Geschäftseliten, die Beziehungen auch in entsprechende wirtschaftliche Kooperation zu konvertieren. In Russland wurde die geringe Investitionsbereitschaft der Chinesen beklagt und eine große Zurückhaltung bei der Vergabe von Krediten. Chinesische Experten schrieben, die Beziehungen seien »oben warm und unten kalt«.

Dafür gab es mehrere Gründe. Die Moskauer Kompradorenbürokratie bemühte immer wieder das Schreckensbild von der chinesischen Gefahr. Aber auch in China orientiert sich ein Teil der Eliten im Süden des Landes auf den US-Markt. Hinzu kamen chinesische Bedenken, russische Unternehmen und »Oligarchen« würden Geld eher bei westlichen Banken anlegen, als es zur Stärkung ihres Landes und zur Schaffung eines gemeinsamen Blockes mit China zu verwenden.

Diese Bedenken sind inzwischen durch den westlichen Wirtschaftskrieg gegen Russland obsolet geworden. Zur weiteren Verflechtung der Volkswirtschaften Chinas und Russland trägt auch die Gaspipeline »Kraft Sibiriens« bei, die im Dezember 2019 eröffnet wurde. Die 2.159 Kilometer lange Gasröhrentrasse versorgt die Volksrepublik mit Gas aus zwei sibirischen Förderstätten. Dieses Projekt hatte Putin bereits 2012 dem staatseigenen Energiekonzern Gazprom aufgetragen. Die Röhren verlegte die Firma Stroigasmontage von Putins früherem Judotrainer Arkadi Rotenberg.

»Kraft Sibiriens« leitet pro Jahr 61 Milliarden Kubikmeter Gas nach China. Dieses Projekt machte Russland weniger anfällig für einen Boykott westlicher Länder, auch wenn die westsibirischen Förderstätten noch nicht mit der nach China führenden Straße verbunden sind. In jedem Fall ermöglichte die stärkere Vernetzung mit China Russland auch, seine Interessen gegenüber dem ukrainischen Staat entschlossener wahrzunehmen. Zufall oder nicht – im Jahr der Inbetriebnahme von »Kraft Sibiriens« begann Russland mit der Ausgabe von russischen Pässen an die Bewohner der Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Donbass.

Die westliche Boykottpolitik schafft ferner in Russland einen Markt für chinesische Automobile. Zudem eröffnen sich Möglichkeiten gegen den US-Dollar einen Rubel-Yuan-Block zu formieren und gegen die Hegemonie der amerikanischen Währung ein Gegengewicht zu schaffen.

»Beziehungen neuen Typs«

Dass sich die immer engere Kooperation zwischen Russen und Chinesen nicht auf Wirtschaftliches beschränkt, wurde am 4. Februar dieses Jahres deutlich. Da veröffentlichten Xi Jinping und Putin in Beijing eine »gemeinsame Erklärung« beider Staaten »über internationale Beziehungen, die in eine neue Epoche eintreten« und über eine »globale stabile Entwicklung«. Darin wenden sich beide Staatsführungen gegen »eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten unter dem Vorwand der Demokratie und der Menschenrechte«. Russland und China »treten auf gegen bunte Revolutionen«, gemeint sind proamerikanische

Umsturzversuche vor allem in postsowjetischen Ländern. Beide Staaten wenden sich »gegen die weitere Ausdehnung der NATO« und auch gegen das von den USA, Großbritannien und Australien geschaffene Militärbündnis AUKUS. China erklärt sein »Verständnis« für den Wunsch Russlands »langfristig rechtlich verpflichtende Sicherheitsgarantien in Europa« zu erhalten.

Die gemeinsame Erklärung bezeichnet das Verhältnis zwischen Russland und China als »zwischenstaatliche Beziehungen neuen Typs«. Darin steht auch der Satz: »Die Freundschaft zwischen den beiden Staaten kennt keine Grenzen«. Es gebe dort »keine verbotenen Zonen«. Das war eine Andeutung auf eine militärische Kooperation in der Konfrontation mit den USA und deren Verbündeten. Bürgerliche Kommentatoren spekulierten nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine, ob Putin die chinesische Führung über sein geplantes Vorgehen informiert habe. Dabei hieß es die chinesische Klugheit zu unterschätzen, ginge man davon aus, dass die Führung der KP Chinas nicht mit einer Eskalation zwischen Russland und der US-hörigen Führung in der Ukraine gerechnet habe.

In der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. März über die russische Militäroperation in der Ukraine hat sich China der Stimme enthalten. Doch um so eindeutiger sind die Einschätzungen in der von der KP Chinas angeleiteten Presse. Am 20. März kommentierte *Global Times*: »Die USA und ihre NATO-Verbündeten liefern Waffen in die Ukraine, um zu verhindern, dass der Krieg schnell endet, damit sie die Profite ihrer militärischen Giganten maximieren können«. Die USA, so die chinesische Zeitung, wollten »den Schaden für das russische Volk maximieren«. China hingegen suche »eine Lösung durch diplomatische Anstrengungen«. Zugleich kritisierte das chinesische Blatt Michailo Podoljak, den Berater des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij. Podoljak hatte die Chinesen aufgefordert, die »Koalition der zivilisierten Länder« gegen »die russische Barbarei« zu unterstützen. *Global Times* gab dem Präsidentenberater zu verstehen, er mache »einen großen Fehler, wenn er glaube, er könne China befehlen«.

Zwei Tage später machte *Global Times* die grundsätzliche chinesische Position deutlich: Russland sei »ein unersetzlicher Partner« und »strategisch wichtig für China«. Denn China und Russland trügen gemeinsam »die schwerste Last im Widerstand gegen die US-Hegemonie«. Auf der Basis dieser Haltung hat die Volksrepublik nach dem Beginn der russischen Militäroffensive dem politischen Trommelfeuer der EU standgehalten. Vergeblich versuchte die EU, China von Russland zu trennen und zu einer Verurteilung der Russen zu drängen. Die populäre chinesische Fernsehmoderatorin Liu Xin ironisierte diese Bemühungen des Westens. Denn sie liefen darauf hinaus: »Kannst du mir helfen, deinen Freund zu bekämpfen, damit ich mich darauf konzentrieren kann, später gegen dich zu kämpfen?«

Standfest zeigte sich auch der chinesische Außenminister Wang Yi anlässlich eines Besuchs seines russischen Kollegen Sergej Lawrow in Beijing Ende März. Die russisch-chinesischen Beziehungen, so Wang Yi, hätten »dem jüngsten Test der sich wandelnden internationalen Lage standgehalten« und »ein nachhaltiges Momentum erreicht«.

Die sich abzeichnende territorial-politische Umgestaltung auf dem Gebiet der bisherigen Ukraine hat eine Dynamik zur Bildung neuer prorussischer De-facto-Staaten. Das wäre für die chinesische Diplomatie und Politik keine einfache Herausforderung. Doch es lässt sich angesichts der chinesischen Haltung die Prognose wagen, dass die Kommunistische Partei Chinas, die das bevölkerungsreichste Land der Erde führt, mit Blick auf die Ukraine nichts tun wird, was den Interessen des geostrategischen Gegners USA nützt.

■ Harald Projanski schrieb an dieser Stelle zuletzt am 19. März zur Vorgeschichte des Kriegs in der Ukraine.

■ Lesen Sie am Wochenende auf den iW-Themaseiten:

Provozierter Hunger. Der Krieg in der Ukraine verschärft das Ernährungsproblem

Von Wiebke Diehl

■ Foto der Woche: Kälteschock im Weinberg



Foto: Thibault Camus/AP/dpa

Frankreich hat von Sonntag zu Montag die kälteste Aprilmacht seit 1947 erlebt. Wie der nationale Wetterdienst am Montag in Paris mitteilte, lag die Durchschnittstemperatur landesweit bei minus 1,5 Grad, der tiefste Wert seit 75 Jahren. Der Kälteeinbruch hat vor allem Obstbauern und Winzer schwer getroffen. In der Weinregion Chablis zündeten Winzer Tausende Fackeln in den Rebanlagen an, um die Knospen vor dem Frost zu schützen. Premierminister Jean Castex kündigte am Dienstag an, einen Nothilfefonds im Umfang von 20 Millionen Euro für die Betroffenen einzurichten. Das Geld solle erste außerordentliche Ausgaben decken, im Sommer solle es mit Beginn der Ernte dann Entschädigungszahlungen geben. Der genaue Schaden, den der Kälteeinbruch angerichtet hat, sei noch nicht bekannt, sagte Castex. Besonders betroffen seien aber Steinfrüchte. (dpa/iw)

Liebe Leserinnen und Leser, was ist **Ihr Foto der Woche?** Senden Sie uns Ihre besondere Aufnahme an foto@jungewelt.de oder per Post an:

junge Welt-Fotoredaktion, Torstr. 6, 10119 Berlin, Kennwort: »Foto der Woche«

■ Medien

NACHSCHLAG

■ Informationen am Morgen | Do., 5.05 Uhr, DLF

Auswirkungen der Sanktionen

Von linksliberal bis rechts: Quer durch praktisch alle Lager schreien dieser Tag viele Menschen in der BRD nach noch drastischeren Sanktionen gegen Russland. Ob dieser wildgewordene Haufen weiß, wen die Maßnahmen treffen? Der DLF hat sich im Rahmen einer Mini-reportage die Frage gestellt – das Ergebnis (wen wundert's?): Vor allem Geringverdiener, Rentner und junge Menschen leiden unter den Folgen der westlichen Politik. Zwar sind die Regale in den Supermärkten noch gefüllt, und auch an Importwaren fehlt es nicht, doch die Preise sind wegen der Sanktionen drastisch gestiegen, erklärt die Rentnerin Tatjana aus Moskau. Auch die junge Mutter Jana spürt den Preisauftrieb: Für »Windeln und einige kosmetische Artikel« seien ihre Ausgaben um etwa 30 Prozent gestiegen. Auswirkungen haben die Sanktionen auch auf die Menschen, die in den Betrieben arbeiten, die angekündigt haben, ihre Tätigkeit vorübergehend aussetzen oder sich sogar komplett aus dem Land zurückzuziehen. Ihnen droht der Verlust des Arbeitsplatzes. (rsch)

VORSCHLAG

Landgasthäuser an der Donau

Von Passau bis zum Jochenstein geht es hier, wo immer der genau sein mag. Und gibt's auch was zu essen? Ja, freilich! Passauer Töpel im Bierteig, Georgsberg-Reh mit Topinamburpüree und Hokkaido-Kürbis, Rindsroulade mit Kartoffelrösti und Sommergemüse, Grillteller mit Spitzpaprika und Schwammerl, Donaufischplatte mit Zander und Brachse. Obacht mit den Gräten!

■ BR, 19.30 Uhr

Re: Jagdfieber in Frankreich

Die Hetzjagd und ihre Gegner In französischen Wäldern tobt ein harter Streit um die Hetzjagd. Während die Jäger eine angeblich urfranzösische Tradition erhalten wollen, kritisieren die Jagdgegner sie als Tierquälerei und feudales Überbleibsel. Sie wollen die Hetzjagd am liebsten abschaffen und heizen die Debatte vor den Wahlen an. Jeder Jagdtag wird zum Kampf um die Deutungshoheit. Wer die zivilisierte Guillotine erfunden hat, sollte doch auch diese tierquälereische Barbarei beenden können. D 2022.

■ Arte, 19.40 Uhr



Hitler-Attentat knapp gescheitert. Georg Elser (Christian Friedel, r.) wird von Arthur Nebe (Burghart Klaußner, M.) und Heinrich Müller (Johann von Bülow, l.) verhört

Let's Dance

The show must go on! Hardy Krüger jr. hat sich gemeinsam mit seiner Tanzpartnerin Patricija Ionel durch das fordernde Trainingsprogramm gebissen, doch dann hat Corona den beiden vor der ersten Show einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der Sohn des kürzlich verstorbenen Schauspielers und Weltenbummlers Hardy Krüger musste in der Auftaktfolge pausieren. Auch ein Star ist eben nur ein Virus-träger. D 2022.

■ RTL, 20.15 Uhr

Elser

Georg Elser macht aus seinem Hass gegen die Nazis keinen Hehl und wird von seinen Nachbarn geächtet. Als die Repressionen ihm und seinen Freunden gegenüber immer lebensbedrohlicher werden, fasst der begabte Handwerker den Plan, Hitler zu töten. Leider kommt dieser lebend davon, obwohl Elsers Plan und dessen Ausführung fast zum Erfolg geführt haben. D/I 2015.

■ 3sat, 20.15 Uhr

Two Weeks to Live

Kim (Maisie Williams) ist einsam und abgeschieden mit ihrer Mutter aufgewachsen. Jetzt möchte sie die Welt kennenlernen. Dabei fällt sie auf den Scherz einer flüchtigen Bekanntschaft rein, wonach angeblich nach einer nuklearen Katastrophe nur noch zwei Wochen zum Leben bleiben. Das Verhängnis nimmt seinen Lauf – hoffentlich nicht in Wirklichkeit. Miniserie in sechs Teilen. GB 2021.

■ ZDF Neo, 21.40 Uhr

Devil's Knot: Im Schatten der Wahrheit

In Memphis werden drei Jungen ermordet aufgefunden. Schnell, allzu schnell meint man die Täter gefunden zu haben: drei Jugendliche, die einem so üblen wie pubertären Satanskult anhängen. Doch Detektiv Ron Lax mag nicht recht an die Schuld der Angeklagten glauben. Er gräbt tiefer und stößt auf so seltsame wie beunruhigende Zusammenhänge. Auch der Mutter eines der Opfer kommen schließlich Zweifel, ob die wahren Schuldigen vor Gericht stehen. Regie: Atom Egoyan. USA 2013.

■ 3sat, 22.25 Uhr

Sonntag, 8. Mai 2022, 19 Uhr | Eröffnung der Maigalerie der Tageszeitung *junge Welt* mit der Ausstellung:

Heike Ruschmeyer: Tatorte, Tatsachen

Ausstellung vom 8. Mai bis 25. Juni 2022

Es sprechen Dietmar Koschmieder und Andreas Wessel. Zur Ausstellung erscheint ein Katalog.



© HEIKE RUSCHMEYER, FOTO: BERNHARD SCHURIAN

maigalerie ■ **junge Welt**

Torstraße 6, 10119 Berlin, Öffnungszeiten: Mi–Sa, 13–18 Uhr

In den Kölner Kinos ist gelacht, geweint und debattiert worden. Beim »Internationalen Frauen* Film Fest Dortmund+Köln« (IFFF) herrschte vom 23. März bis zum 4. April eine mitreißende Stimmung. Mit dem IFFF sei das Kino wieder zum »lebendigen Ort des Austauschs über Film« geworden, so der Kinoleiter des Odeon, Martin Roelly, in einer Pressemitteilung. Die Festivalleiterin Maxa Zoller befand gegenüber *junge Welt*, die Filmschaffenden seien jetzt nach zwei Jahren Pandemie auf ein kulturell ausgehungertes Publikum getroffen. Gemeinsam mit dem Festivalteam freute sie sich über »die Energie im Raum« und darüber, dass dort »wundervolle Begegnungen« zustande gekommen seien. Filmemacherinnen aus der ganzen Welt kommentierten ihre Filme sowie die mitunter damit verbundenen prekären Arbeitsbedingungen.

Gessica Génés erhielt für ihren Film »Freda« den mit 10.000 Euro dotierten Preis im Debütspielfilmwettbewerb. In ihrem Streifen schildert die Regisseurin Proteste mit brennenden Barrikaden, die sich 2018 gegen den korrupten Expräsidenten Haitis, Jovenel Moïse, richteten. Der Film zeigt, wie vor allem Frauen unter dem patriarchalen System und wirtschaftlicher Not leiden. Er thematisiert zudem, dass es dennoch auch Gründe geben kann zu bleiben und nicht zu flüchten; etwa um die Solidarität mit den Frauen der Familie zu leben. Die Festivaljury, unter anderem mit Tsitsi Dangarembga aus Simbabwe besetzt, beschrieb die Inszenierung: Sie versetze einen in eine Welt, in der man die Unsicherheit spüre, »ob man den nächsten Tag überhaupt unversehrt überlebt«.

Dangarembga kennt sich aus mit diktatorischen Regimen. Das von ihr 2003 in Simbabwes Hauptstadt Harare mitbegründete »International Images Filmfestival for Women« musste schließen. Unter Präsident Emmerson Mnangagwa sackten hauptsächlich Männer die durch Steuergelder finanzierten Budgets ein. Förderung gab es meist für regierungsfreundliche Propaganda oder Hollywoodschinken. In



In Haiti bleiben oder gehen: Dieser Frage stellen sich die Protagonistinnen in »Freda«

Patriarchat und Party

Internationales Frauenfilmfest: Filmemacherinnen erzählen vom selbstbewussten Kampf gegen Unterdrückung. Von Gitta Düperthal

Hochzeiten der Pandemie habe überall der Kommerz mit Netflix und anderen Streamingplattformen die Regie übernommen, so Zoller im Gespräch mit *jW*. Mainstreamklischees müssten in den Köpfen wieder aufgebrochen werden.

Was mitunter voller Übermut geschieht, etwa im Festivalfokus »Begeht – Filmlust queer« mit dem Dokumentarfilm »Rebel Dykes« von Harri Shanahan und Sian A. Williams. Nein, Hausfrauen für den Frieden seien sie eher nicht gewesen, kommentiert im Film eine der heute 60jährigen, die in den 1980er Jahren die Lesben-, Punk-, Hausbesetzer- und Clubszene in London zelebrierten. Das glaubt ihnen

aufs Wort, wer den Film sieht. Ihre Kompromissbereitschaft war damals gleich null. Und eins war bei ihnen so gut wie sicher: Niemand hat wohl auch nur versuchen wollen, sie wieder als »brave Mädchen« in die Gesellschaft zu integrieren – es wäre auch sinnlos gewesen.

Ganz anders verläuft die Auseinandersetzung mit der patriarchalen Gesellschaft der Adenauer-Ära der Filmemacherin Petra Seeger. Sie durchlebte nach dem frühen Tod ihrer krebserkrankten Mutter eine harte Kindheit und musste zeitweise ins Internat einer Klosterschule. Im Hintergrund des Filmdramas erklingen Wirtschaftswunderschlager – »Ich hab die gute

Laune im Gepäck«. Auch Fotografien des Vaters der Filmemacherin und sein Schweigen über die Nazizeit und den Zweiten Weltkrieg sind im Film »Vatersland« dokumentiert. Im Fahrwasser der außerparlamentarischen Opposition versucht die Protagonistin Marie eine Befreiung aus dem katholisch straff organisierten Haushalt ihres Vaters in den 70er Jahren. Vor dem Hintergrund der Ohrfeige, die Beate Klarsfeld dem Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger im Sommer 1968 verpasste, um auf dessen Nazivergangenheit hinzuweisen, eskaliert im Hause Streit. Darauf, ihre eigene Geschichte im Film zu verarbeiten, habe sie 16 Jahre verwendet, so Seeger.

»Frauenfreundschaften oft unterschätzt«

Doku »Kevin«: Über Verbundenheit zwischen Brasilien und Uganda. Ein Gespräch mit Joana Oliveira

Ihr Dokumentarfilm »Kevin« ist beim »Internationalen Frauen* Film Fest Dortmund + Köln« (IFFF) in der vergangenen Woche zur Eröffnung gelaufen. Darin geht es um eine global gelebte Frauenfreundschaft, die selbst einer großen Entfernung standhält: der zwischen Belo Horizonte in Brasilien, wo Sie zu Hause sind, und Uganda, wo Ihre Freundin Kevin lebt. Was war Ihnen wichtig zu schildern?

Männer haben beste Freunde, gehen zusammen durch dick und dünn. Frauenfreundschaften dagegen werden oft unterschätzt. Dabei können sie maßgeblich dabei helfen, Lebenskrisen zu bestehen. Kevin ist schon seit meiner Jugendzeit eine so großartige Freundin für mich. Wir haben uns damals im Sprachkurs in Deutschland kennengelernt, wo wir beide fremd waren. Später trennten sich unsere Wege, meiner führte zurück



Joana Oliveira ist Drehbuchautorin und Regisseurin. Sie lebt in Belo Horizonte in Brasilien und betreibt die Produktionsfirma Bukaya Filmes

nach Brasilien, sie lebte in Uganda. Als ich deprimiert war, weil ich eine Fehlgeburt hatte und mein an Krebs erkrankter Vater dem Tode nah war, wusste ich intuitiv, dass mir Kevins Warmherzigkeit guttun würde. Weil sie drei kleine Kinder hat und deshalb nicht zu mir kommen konnte, besuchte ich sie in Uganda. Unsere Geschichte wollte ich mit dem Film auch erzählen, um andere Frauen zu ermutigen, selbst Freundschaften einzugehen und sie zu pflegen. Offenbar ist es mir gelungen, mit meinem Dokumentarfilm zu berühren. Zuschauerinnen weinten nach dem Film im Kino. Eine etwa 20jährige Frau war sich durch den Film ihrer Einsamkeit in der Coronakrise bewusst geworden.

Ihr Film thematisiert auch Rassismuserfahrungen in Deutschland ... Kevin schildert in meinem Film, dass sie dort den Eindruck hatte, dass viele Menschen in Büchern darüber gelesen hatten

und sogar Rassismustheorien diskutierten. Rassistischer Umgang mit People of Color passiere aber mitunter nahezu un-intendiert. Im Gespräch mit mir erzählt sie, dass jemand etwa bemüht gewesen sei, sie darüber aufzuklären, wie man mit Messer und Gabel isst.

Was war wichtig, um den Alltag in Uganda zu schildern?

Kevin ist nach Uganda zurückgekehrt, weil hier – anders als in Deutschland – durch eine selbstverständliche Solidarität untereinander das Leben mit Kindern besser zu meistern ist. Ich bin ihr und ihren drei Kindern gefolgt und habe versucht, Afrika-Klischees zu vermeiden. Natürlich ist die farbenfrohe Kulisse auf dem Markt präsent, wenn wir zusammen einkaufen. Unsere Gespräche aber miteinander sind vertraut, sie hat Lebensweisen parat.

Ist es schwierig, feministische und vom Internationalismus inspirierte Filme in einem Land wie Brasilien zu drehen, das unter dem Regime des Ultrarechten Jair Bolsonaro steht?

Sollte Bolsonaro bei der nächsten Wahl in diesem Oktober nicht abgewählt werden, sehe ich für die Zukunft kaum mehr

eine Perspektive für feministische Filmemacherinnen. Im Wahlkampf polarisiert er, treibt die Klimakrise gewissenlos voran. Er tut nichts, um das Volk vor der Pandemie zu schützen, öffnet die Schere zwischen Arm und Reich weiter. Er bekämpft die Selbstbestimmung der Frauen, beleidigt sie ebenso wie Homosexuelle und Dunkelhäutige.

Wie gestaltet sich die dortige Film-landschaft?

Kulturförderung wird vom Ministerium für Tourismus »miterledigt«, unabhängige Filme werden kaum mehr finanziert. Alles, was nicht Mainstream ist, wird mit bürokratischen Antragsverfahren im Keim erstickt. Mein 2017 begonnener Film »Kevin« wurde noch von der »Ancine«, Agência Nacional do Cinema, gefördert. Deren Filmdirektorin Débora Ivanov, die feministische Filme unterstützte, wurde entlassen und durch einen konservativen Leiter ersetzt. Das Festival Internacional de Cinema Feminino in Rio de Janeiro musste schließen. Internationale Festivals wie das IFFF sind für Filmschaffende aus kulturell unterdrückten Staaten insofern eine wichtige Chance.

Interview: Gitta Düperthal

BRD 2021: Abbrüche auf Tiefststand

Wiesbaden. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist im vergangenen Jahr auf einen Tiefststand seit Beginn der Erhebung gesunken. In rund 94.600 Fällen entschieden sich Frauen für den Eingriff, das seien 5,4 Prozent weniger als im Vorjahr, teilte das Statistische Bundesamt am Donnerstag in Wiesbaden mit. Es handelt sich um die niedrigste Zahl seit Beginn der Zeitreihe des Bundesamts zu Schwangerschaftsabbrüchen im Jahr 1996, damals waren 130.899 Eingriffe gezählt worden. Zuvor habe es keine Rechtsgrundlage für diese Statistik gegeben, sagte ein Sprecher. Ein eindeutiger Grund für den Rückgang sei aus den vorliegenden Daten nicht zu erkennen, erklärte die Behörde. Die Coronapandemie habe zumindest im Vorjahr nicht für einen derartigen Rückgang gesorgt: 2020 war die Zahl der Abbrüche um 0,9 Prozent und damit weniger stark gesunken. (dpa/jW)

England und Wales mit neuem Scheidungsrecht

London. In England und Wales wird das Scheidungsrecht reformiert: Seit Mittwoch können trennungswillige Paare ihre Ehen beenden, ohne sich gegenseitig die Schuld zuweisen zu müssen. Zuvor hatten sie Ehebruch, »unvernünftiges Verhalten« oder Verlassenwerden nachweisen müssen – andernfalls mussten sie zwei Jahre getrennt leben, bevor die Scheidung vollzogen werden konnte. Bei Widerspruch eines Teils konnte das gar fünf Jahre dauern. Die langen Wartezeiten hatten dazu geführt, dass manche Scheidungswillige Privatdetektive engagierten, um Beweise gegen ihren Partner zu sammeln. Andere verständigten sich gemeinsam, Fehlverhalten vorzutäuschen. Experten zufolge könnte die Gesetzesänderung auf der einen Seite zu einer Scheidungswelle führen – auf der anderen aber langfristig die Zahl der Eheschließungen erhöhen, da die Hürden für eine Trennung nicht mehr so hoch sind. (AFP/jW)

Ukraine-Flüchtlinge: 80 Prozent weiblich

Berlin. Etwa vier von fünf Flüchtlingen aus der Ukraine sind weiblich. Das zeigen die Ergebnisse einer am Montag vorgestellten Befragung im Auftrag des Bundesinnenministeriums. Demnach sind 84 Prozent der Menschen aus der Ukraine, die in Deutschland Zuflucht gesucht haben, Frauen oder Mädchen. 58 Prozent der Befragten gaben an, gemeinsam mit ihren Kindern geflüchtet zu sein. Bei den rund 17 Prozent der Geflüchteten, die ohne Begleitung kamen, handelt es sich laut Innenministerium vor allem um ältere Menschen. Männer zwischen 18 und 60 Jahren dürfen die Ukraine derzeit nicht verlassen. (dpa/jW)

Fußballrealität
Großes Stühlerücken

Frankfurt am Main. Der Deutsche Fußballbund will seine Spitzenposten in den internationalen Gremien bei der UEFA und der FIFA nach übereinstimmenden Medienberichten neu besetzen. So berichten die SZ und das ZDF-»Sportstudio« am Donnerstag darüber, dass DFL-Aufsichtsratschef Hans-Joachim Watzke für Rainer Koch ins UEFA-Exekutivkomitee und DFB-Präsident Bernd Neundorfer für Peter Peters ins FIFA-Council rücken sollen. Am Mittwoch hatte der umstrittene und beim DFB als Vizepräsident abgewählte Spitzenfunktionär Koch bereits seinen vorzeitigen Rückzug aus dem UEFA-Exekutivkomitee angekündigt. (dpa/iw)

Fußballrealität
Sie möchten lieber nicht

London/Amsterdam. Amnesty International hat erneut schwere Vorwürfe gegen das WM-Gastgeberland Katar erhoben. In ihrem jüngsten Bericht prangert die Organisation schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen im privaten Sicherheitssektor an, die teilweise Zwangsarbeit entsprechen. Das katarische Organisationskomitee der Fußball-WM bestätigte die Anschuldigungen und sprach von einem inakzeptablen Verstoß gegen die Arbeitsvorschriften. Mehrere Sponsoren der niederländischen Fußballnationalmannschaft haben bereits erklärt, dass sie wegen der Verletzung der Menschenrechte in Katar nicht zur Weltmeisterschaft reisen werden. Ein Sprecher der Großbank ING, Hauptsponsor von Oranje, bestätigte am Donnerstag einen entsprechenden Bericht der Tageszeitung *De Telegraaf*. Der Zeitung zufolge reisen auch andere Sponsoren wie Telekomprovider KPN, die Supermarktkette Albert Heijn oder die Niederländische Lotterie nicht zur WM und würden auch für ihre Geschäftskontakte keine Karten bestellen. (sid/dpa/iw)

Fernsehen
Radeln live

München. Die Tour de France können Radsportfans auch in diesem Jahr auf verschiedenen TV-Sendern kostenlos schauen. Die ARD hat über die Sportrechtagentur SportA einen neuen Vertrag mit dem Radsportveranstalter Amaury Sport Organisation (ASO) abgeschlossen. *Das Erste* plant nach eigenen Angaben vom Donnerstag eine tägliche Live-Berichterstattung vom größten Radrennen der Welt vom 1. bis 24. Juli. Die kompletten Etappen laufen beim Spartensender *One*, auf *sportchau.de* sowie bei *Euro-sport*. (dpa/iw)



Man sieht sich im Herbst

LeBron James und die Los Angeles Lakers müssen in den Playoffs zuschauen, bei Miami Heat, den Boston Celtics und Dallas Mavericks läuft's rund. **Von Jens Walter**



Reingestopft: Boston-Celtics-Center Daniel Theis in der Partie gegen die Chicago Bulls (6.4.2022)

Wenn es läuft, dann läuft's. Die Boston Celtics haben weiterhin die Chance auf die beste Ausgangsposition in den NBA-Playoffs. Der Rekordmeister gewann am Mittwochabend 117:94 bei den Chicago Bulls und bleibt dem Tabellenführer Miami Heat auf den Fersen. Der deutsche Basketballnationalspieler Daniel Theis spielte beim 50. Saisonsieg der Celtics von Beginn an und kam auf gute 15 Punkte und sechs Rebounds. Von den Topteams in der Eastern Conference sind die Celtics derzeit am besten in Form.

Aber auch im Westen der USA passieren interessante Dinge. Auch Dinge, die weh tun. Zum Beispiel in L.A. Vor wenigen Tagen machte Basketballsuperstar LeBron James noch einen Aprilscherz, vielleicht war es auch nur ein halber. »Ich bin raus für den Rest der Saison. Wir sehen uns im Herbst«, schrieb James auf Twitter, bevor er wenige Stunden später seinen geschlauchten Körper mit 37 Jahren wieder aufs Parkett schleppte und die nächste Niederlage seiner Los Angeles Lakers miterlebte.

Mit dem Titelziel, logisch, war man in die Saison gestartet. Statt dessen werden die Lakers als Elfter der Western Conference nicht einmal am Qualifikationsturnier für die Playoffs teilnehmen. »Einige Sachen konnten wir kontrollieren, einige nicht. Es gibt keine Entschuldigungen,

wir haben es einfach nicht geschafft«, sagte Routinier Carmelo Anthony am Dienstagabend (Ortszeit) nach dem 110:121 bei den Phoenix Suns, was nicht nur die siebte Niederlage in Serie, sondern auch das endgültige Aus für die Playoffs bedeutete.

James wird also tatsächlich nur zuschauen dürfen, wenn europäische Stars wie Giannis Antetokounmpo (Milwaukee Bucks) und Luka Doncic (Dallas Mavericks) oder die extrem starken Phoenix Suns um die NBA-Trophäe spielen. Mit dem so sehr ersehnten fünften Ring, mit dem James weitere Argumente in der Dauerdebatte sammeln wollte, ob nun er oder Michael Jordan als der beste Spieler aller Zeiten gelten soll, wird es vorerst nichts. »Wir sind extrem enttäuscht«, sagte Chefcoach Frank Vogel, der bei dem Glamourklub nach einer solchen Saison keine Zukunft haben dürfte. Dabei sah das Team mit Starspieler James, den Routiniers Carmelo Anthony, Russell Westbrook, Dwight Howard und Anthony Davis vielversprechend aus.

Es lief trotzdem nicht: Davis fehlte lange verletzt, auch James hatte immer wieder körperliche Probleme. Das Team funktionierte weder offensiv noch defensiv. James erlebte das endgültige Aus wegen einer Knöchelverletzung am Spielfeldrand. Er trug ein ziemlich

lässiges T-Shirt, Goldkette, Sonnenbrille. Es ist ein Sinnbild für eine Saison, in der nichts funktionierte und einige Anhänger James bereits vorhielten, nur noch für den Scoringtitel zu spielen und nicht mehr für den Erfolg der Lakers. James' Bilanz fällt gespalten aus: 2019 und 2022 verpasste der Club die Playoffs, 2021 gab es ein Aus in der ersten Runde. 2020 aber reichte es angeführt von James und Davis zum Titel. »Auf dem Papier sehen wir richtig gut aus«, sagte Davis bereits früher in dieser Woche über den diesjährigen Kader. »Aber wir hatten keine Chance, das zu zeigen.« Dass nun eher mittelmäßige Teams wie die New Orleans Pelicans oder die San Antonio Spurs anstelle der Lakers beim sogenannten Play-in-Turnier um weitere Tickets für die Endrunde spielen, muss dem James-Team besonders weh tun.

Von Mittelmaß kann bei den Dallas Mavericks nicht die Rede sein. Die sind derzeit in ähnlich guter Verfassung wie die Boston Celtics. Das 131:113 gegen die Detroit Pistons war der siebte Sieg in den vergangenen zehn Spielen für das Team um Luka Doncic, der mit 26 Punkten und 14 Vorlagen die Bestwerte der Partie verbuchte. Im New-York-Duell der Knicks mit den Brooklyn Nets hatte Kevin Durant einen starken Abend und führte die Nets zu einem 110:98 im Madison Square Garden.

Beim Fananwalt
Keine zehn Minuten

Wir Fußballfans sind ja so manches gewohnt, wenn es um Verbände bzw. um die FIFA geht. Vor nicht allzu langer Zeit war man bei der FIFA auf die pfiffige Idee gekommen, die Halbzeitpause zu verlängern, damit mehr Zeit für Werbung oder Halbzeitshows bleibt. So schnell der Vorschlag um die Ecke kam, war er auch wieder verschwunden. Zum Glück. Man kann es auch so sehen: Fußball, wie wir ihn kennen, ist so erfolgreich, zieht Millionen in seinen Bann, weil er in den letzten mehr als 100 Jahren kaum verändert wurde, weil die Regeln überschaubar sind.

Prompt kommt die FIFA mit der Idee um die Ecke, die Spielzeit bei der bevorstehenden Wüsten-WM von 90 auf 100 Minuten zu verlängern. Forschungen hätten ergeben, dass die Nettospielzeit lediglich 60 Minuten betrage. Mensch, wer hätte das gedacht?! Der Fan jedenfalls, der in der Stehplatzkurve hüpf, singt und friert, weiß es schon ein bisschen länger. 100 Minuten also.

Selbst wenn es in den neuen zehn Minuten keine Unterbrechungen gäbe, wären wir trotzdem bei bloß 70 Minuten netto. Wie wäre es mit 130, besser 140 Minuten? Man muss nicht mal groß um die Ecke denken, um den enormen Blödsinngehalt des Vorschlags zu erfassen.

Und so rasch, wie die Verlängerung der Halbzeitpause in der Versenkung verschwand, wird mit etwas Glück auch der 100-Minuten-Plan im Wüstensand steckenbleiben. Warum müssen die Vögel von der FIFA immer wieder an unserem Fußball herumzudoktern? Lasst ihn, wie er ist: einfach, überschaubar, ohne Firlefanz. Wenn ihr unbedingt was Sinnvolles zur WM in Katar beisteuern wollt – wie wäre es mit offenen Gesprächen über Menschenrechte, Frauenrechte, Homophobie mit den Gastgebern?

»Sport frei!« vom Fananwalt.

René Lau



DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

Herausgeberin: Linke Presse Verlags- Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e.G. (Infos unter www.jungewelt.de/lpg). Die überregionale Tageszeitung *junge Welt* erscheint in der Verlag 8. Mai GmbH.

Adresse von Genossenschaft, Verlag und Redaktion: Torstraße 6, 10119 Berlin
Geschäftsführung: Dietmar Koschmieder, Peter Borak (stellv.)
Chefredaktion: Stefan Huth (V.i.S.d.P.), Michael Merz (stellv.), Simon Zeise (stellv.)
Verlagsleitung: Andreas Hüllinghorst, Sebastian Carlsen (stellv.)

ZENTRALE: 030/53 63 55-0
AKTION: 030/53 63 55-10
ANZEIGEN: 030/53 63 55-38
ABOSERVICE: 030/53 63 55-81/82
LADENGALERIE: 030/53 63 55-56

FAX: 030/53 63 55-44
E-MAIL: redaktion@jungewelt.de
INTERNET: www.jungewelt.de
facebook.com/jungewelt
twitter.com/jungewelt
instagram.com/jungewelt_insta

Redaktion/Verlag (Ressort-/Bereichsleitung, Durchwahl):
Wirtschaft & Soziales: Raphael Schmeller (-21);
Außenpolitik: Ina Sembdner (-73);
Innenpolitik: Nico Popp (-31);
Interview: Jan Greve (-34);
Feuilleton und Sport: Peter Merg (-55);
Thema: Daniel Bratanovic (-65);
Leserpost: Jörg Tiedjen (-41/leserbriefe@jungewelt.de);
Bildredaktion: Nikolas Sisis (-40);
Herstellung/Leitung/Layout: Michael Sommer (-45);
Online-Entwicklung: Daniel Hager (-25);

Aktion und Kommunikation: André Kutschki (-86);
Aktionsbüro: (-10);
Archiv/W-Shop: Stefan Nitzsche (-37);
Anzeigen: Tobias Khusravi (-38);
Ladengalerie: Michael Made (-56).
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.
Abonnements, Adressänderungen und Reklamationen:
Nora Krause (030/53 63 55-81/-82),
AVZ GmbH, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin, Fax: -48.
E-Mail: abo@jungewelt.de

Abopreise Print: Normalabo Inland mtl. 45,90 Euro; Sozialabo mtl. 31,90 Euro; Solidaritätsabo mtl. Euro 57,90; Abopreise Ausland (EU) wie Inland zzgl. 13,10 Euro/monat. Versandkostenzuschlag. Abopreise online: Normalabo mtl. 21,90 Euro; Sozialabo mtl. 14,90 Euro; Solidaritätsabo mtl. 29,90 Euro; Onlineabo für Printabonnenten mtl. 8,90 Euro; für Abonnenten der Wochenendausgabe mtl. 8,90 Euro
Bankverbindung: Berliner Sparkasse (BIC: BELADE33XXX)
Abokonto: IBAN: DE03 1005 0000 0190 2523 08
Shopkonto: IBAN: DE25 1005 0000 0190 7581 55
Anzeigenkonto: IBAN: DE03 1005 0000 0190 7581 63

Nutzungsrechte für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Tel.: 030/28 49 30 oder www.presse-monitor.de.
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH, Art-Nr. 601302/ISSN 041-9373, Storkower Str. 129, 10407 Berlin